

## Weshalb sprechen wir nicht mehr über das Klima?

\_\_\_\_\_ **Schwerpunkt:** Die Welt erwärmt sich, aber die Aufmerksamkeit dafür schwindet \_\_\_\_\_ **Meinung:** Sudan bricht zusammen, vorhersehbar und vermeidbar \_\_\_\_\_ **Meinung:** Die strukturelle Benachteiligung Afrikas in der internationalen Finanzarchitektur muss aufhören \_\_\_\_\_ **Aus aller Welt:** Wie Vietnam digitales Lernen fördert





## Meinung — 5

### 5 Sudans Zusammenbruch war vorhersehbar und vermeidbar

Eatizaz Yousif und Corina Pfitzner

### 8 Die globale Finanzarchitektur benachteiligt Afrika strukturell und gehört reformiert

Africa Kiiza

„Als eine der wichtigsten Konferenzen zur Entwicklungsfinanzierung der vergangenen zehn Jahre muss die FfD4 strukturelle Ungerechtigkeiten angehen.“

Africa Kiiza, S. 8

## Aus aller Welt — 10

**10 Der Fall des ugandischen Autors Kakwenza Rukirabashaija zeigt, wie brutal autoritäre Regime gegen die Freiheit der Kunst vorgehen**  
Charles Kambale

**12 Der vietnamesische Bildungssektor erlebt derzeit eine digitale Revolution von oben**  
Giovanni Puglisi

**15 Die tiefe politische Spaltung Libyens führt zu einem Mangel an unabhängiger Berichterstattung, was Radikalisierung und Hass begünstigt**  
Moutaz Ali

**17 Erstmals ist die Staatsspitze in Namibia rein weiblich – das impliziert jedoch nicht automatisch Geschlechtergerechtigkeit im Land**  
Clemence Manyukwe

**19 Heutzutage: Indiens Reinigungskräfte für Latrinen werden aufgrund ihrer Kaste ausgebeutet**  
Ipil Baski



Namibias erste Präsidentin: Netumbo Nandi-Ndaitwah, S. 17.

„Die Diskriminierung unterdrückter Gruppen in Indien, auch am Arbeitsplatz, muss aufhören.“

Ipil Baski, S. 19

## 21

## Schwerpunkt

## Weshalb sprechen wir nicht mehr über das Klima?



Titelbild: „Global Warming“-Serie des nigerianischen Künstlers Fred Martins (siehe S. 4).

Das vergangene Jahr war das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen, aber die Aufmerksamkeit für das Klima lässt nach – auch angesichts vieler anderer Krisen. Akteure der Desinformation lenken außerdem vom Thema ab und streuen gezielt Falschinformationen. Insgesamt herrscht zu wenig Druck auf die politisch Verantwortlichen, um die weiterhin erheblichen Lücken in der Finanzierung zu schließen. Darunter werden die Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen besonders leiden.

**22 Die Klimakrise spitzt sich zu, wird aber von anderen Themen verdrängt**  
Jörg Döbereiner

**23 Nachlassender politischer Wille setzt die bisherigen Fortschritte beim Klimaschutz aufs Spiel**  
Abigael Kima

**26 E+Z ist Teil eines journalistischen Projekts, das die schweigende Mehrheit von Befürworter\*innen des Klimaschutzes sichtbar macht**  
Katharina Wilhelm Otieno

**28 In Südsudan werden Schulen wegen Hitze wochenlang geschlossen, aber Armut und Konflikte beschäftigen die Menschen noch stärker**  
Alba Nakuwa

**30 In Pakistan ist das Interesse an Umwelt- und Klimathemen gering, sodass es an Druck auf die Politik mangelt**  
Syed Muhammad Abubakar

**33 Klima-Desinformation ist ein lukratives Geschäft aus Falschbehauptungen, Belästigung und Greenwashing**  
Ava Lee

**36 „Um die Klimakrise zu kommunizieren, muss man klar benennen, wer sie verursacht“**  
Interview mit Linus Steinmetz

**39 Was die Psychologie über Kommunikation zur Erderwärmung lehrt**  
Interview mit Kimberly Doell

**43 Aktuelle Zahlen und Daten zur Klimakrise**  
Isah Shafiq

Die Beiträge im Schwerpunkt dieses Hefts sind Teil des „89-Percent-Projekts“, einer Initiative der globalen Medienkooperation „Covering Climate Now“.

Rund

# 205

**Millionen Frauen haben laut der Mobilfunk-Industrievereinigung GSMA in Subsahara-Afrika noch immer keinen Zugang zu mobilen Internetdiensten.**

Das entspricht fast zwei Dritteln der erwachsenen weiblichen Bevölkerung. Der Mangel an Smartphones und Internetverbindungen erschwert Frauen den Zugang zu Bildung und Beschäftigung weiter. Die Verbesserung der digitalen Konnektivität von Frauen ist daher entscheidend für ihre Stärkung.

## Die gute Nachricht

Forschende haben einen Chatbot entwickelt, der einer Studie zufolge schon bei relativ kurzer Interaktion den Glauben an Verschwörungstheorien senkt. Dürfen wir vorstellen: DebunkBot. Entscheidend sei, so das Forschungsteam, dass der Ansatz auf einem KI-System basiere, das auf eine Vielzahl von Informationen zurückgreifen könne, um Gespräche zu generieren, die kritisches Denken fördern und maßgeschneiderte, faktenbasierte Gegenargumente liefern.

**Der Trick:** Das Gespräch mit DebunkBot beginnt damit, dass der Bot einige Fragen darüber stellt, was das Gegenüber glaubt und weshalb. Damit kann die KI ihre Überzeugungsarbeit genau auf das jeweilige Weltbild zuschneiden. Probieren Sie den DebunkBot selbst aus.

## Die Gesellschaft mit Kunst bilden und weiterbringen

**Das Titelbild dieser Ausgabe und das Bild am Anfang des Schwerpunkts zeigen Illustrationen der Serie "Global Warming" des nigerianischen Künstlers Fred Martins.**

**Hier stellt er sich und seine Kunst vor:**

„Ich wurde in Aggah-Egbema im Süden Nigerias geboren und bekam den Namen Ekele. Meine Kunst spiegelt die Lebensrealität der Menschen in Afrika, ihre Umwelt, Tierwelt und Kultur wider. Ich glaube, dass Kunst die Gesellschaft bilden und weiterbringen sollte. Deshalb habe ich mich in meiner Arbeit immer darauf konzentriert, die unausgesprochene Kraft der Bilder zu nutzen, um Emotionen zu wecken, das Bewusstsein zu schärfen und Veränderungen anzustoßen. Als Vater baue ich eine Zukunft auf, in der meine Tochter Adaola Lviv aufwachsen kann. Eine, in der sie als Mensch auf dieser Erde ein sinnvolles Leben führen kann.“

Foto: Delight Ndudi Odinwa



HUNGERKRISE

# Eine vermeidbare Katastrophe

*Einst war Sudan eine Kornkammer Afrikas. Heute befindet sich das Land inmitten eines nicht enden wollenden Krieges, einer Hungersnot und der am schnellsten wachsenden humanitären Krise der Welt. Ein Zusammenbruch, der sich in Echtzeit vollzieht – vorhersehbar und vermeidbar.*

---

VON EATIZAZ YOUSIF UND CORINA PFITZNER



Foto: Noory Taha for the IRC

Der Krieg zwang Altuma und ihre neun Kinder, aus ihrer Heimat in Khartum zu fliehen. Sie wurden mehrfach vertrieben. Jetzt leben sie in der Stadt Gedaref und müssen in Notunterkünften wohnen, die nur begrenzten Schutz vor der Witterung bieten.

**N**och vor drei Jahren führten Millionen Sudanese\*innen ein selbstbestimmtes Leben mit Arbeit, Zuhause und Bildungszugang. Heute sind viele vollständig auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ohne entschlossenes diplomatisches Handeln und kontinuierliche humanitäre Unterstützung wird sich die Lage weiter verschlechtern. Das wird gravierende Folgen für die ganze, ohnehin fragile Region haben.

Die Krise in Sudan hat fast 13 Millionen Menschen vertrieben – fast neun Millionen davon innerhalb des Landes. Laut UNHCR sind weltweit mehr als 122 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie zuvor. Sudan allein macht über zehn Prozent dieser Gesamtzahl aus: Eine von zehn geflüchteten Personen weltweit stammt derzeit aus Sudan – die größte Vertreibungskrise der Welt. Viele Familien mussten mehrfach fliehen, ohne sicheren Zufluchtsort. Diese Vertreibung zerstört nicht nur Leben, sondern erschwert auch den Zugang zu Nahrung, Dienstleistungen und anderen Lebensgrundlagen.

Fast 25 Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der sudanesischen Bevölkerung – sind von Hunger betroffen. Mehrere Regionen befinden sich bereits in einer Hungersnot (Integrated Food Security Phase Classification–Stufe 5). Zum zweiten Mal in Folge wurde die Aussaat im Juni verpasst. Der Konflikt hat landwirtschaftliche Infrastruktur zerstört, Bäuerinnen und Bauern vertrieben und Viehbestände dezimiert. Fruchtbare Land bleibt unbestellt – nicht wegen des Klimawandels, sondern wegen des Kriegs. Einst ein Nettoexporteur von Lebensmitteln, kann Sudan heute kaum noch die eigene Bevölkerung versorgen.

Gleichzeitig wird es immer schwieriger, humanitäre Hilfe vor Ort zu leisten. Die zunehmende Gewalt und die aktuelle Regenzeit erschweren den Zugang zu den betroffenen Gebieten. Selbst der verbleibende, eingeschränkte Zugang wird zunehmend von bürokratischen Hürden geprägt – sogar lebenswichtige Dienste werden häufig verzögert oder vollständig blockiert. Einzelne Programme konnten dank internationaler Unterstützung weiterlaufen, doch das reicht bei weitem nicht aus – die Hilfe bleibt häufig auf kurzfristige Nothilfe beschränkt.

Die Folgen sind gravierend. Lokal organisierte Hilfsmaßnahmen wie Gemeinschaftsküchen – Einrichtungen zur Zubereitung und Verteilung von Mahlzeiten, oft betrieben von Geflüchteten selbst – sind lebensnotwendig. Doch die Kürzungen der US-Auslandshilfe haben zur Schließung von bis zu 80 % dieser Küchen geführt – dadurch verlieren mitten im Krieg Hunderttausende den Zugang zu Nahrung. Bewährte Strukturen werden in einem kritischen Moment abgebaut.

## „Eine von zehn geflüchteten Personen weltweit stammt derzeit aus Sudan – die größte Vertreibungskrise der Welt.“

### GEBERLÄNDER IN DER PFLICHT

Sudan steht 2025 zum zweiten Mal in Folge an der Spitze der International Rescue Committee (*IRC*) *Emergency Watchlist 2025*. Doch die internationale Reaktion fällt deutlich zu schwach aus: Der UN-Hilfsplan für 2025 ist aktuell nur zu 14,1 % finanziert. Deutschland hat bei der Londoner Konferenz zu Sudan im April dieses Jahres Hilfsgelder in Höhe von 125 Millionen Euro zugesagt – ein wichtiger Schritt, aber ein deutlicher Rückgang gegenüber den 325 Millionen Euro im Jahr davor. Sobald der Haushalt für 2025 verabschiedet ist, sollte die Bundesregierung zumindest ihr bisheriges Engagement fortsetzen.

Lokale Organisationen – insbesondere frauengeführte Initiativen – sind essenziell, um grundlegende Leistungen aufrechtzuerhalten und schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Doch sie sind chronisch unterfinanziert und administrativ stark überlastet. Die deutsche Unterstützung für den Sudan Humanitarian Fund (ein von den UN verwalteter, gebündelter Fonds für mehrere Geberländer) ist zentral – muss aber flexibler und zugänglicher für lokale Akteur\*innen werden. Auch Notfallkoordinierungsräume („Emergency Response Rooms“) sollten gezielt eingebunden werden. Durch gerechte Risikoverteilung und vereinfachte administrative Anforderungen können lokale Helfer\*innen nicht nur Hilfe leisten, sondern auch aktiv zum Wiederaufbau und zu einer stärkeren Resilienz beitragen.

Sudan braucht mehr als nur Nothilfe – das Land braucht langfristige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Lebensgrundlagen. Deutschland und andere Geber sollten gezielt in Maßnahmen investieren, die humanitäre Hilfen an langfristige Ziele für Stabilität und Wiederaufbau anpassen.

## DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Dabei muss Deutschlands Rolle über rein finanzielle Unterstützung hinausgehen. Der derzeitige Ansatz – geprägt von kurzfristigen Finanzierungszyklen und zersplitterten diplomatischen Bemühungen – bringt keinen Waffenstillstand. Die Krise in Sudan erfordert eine strategische Antwort: langfristige Verpflichtungen, kombiniert mit kontinuierlichem politischem Engagement. Deutschland verfügt über das nötige diplomatische Gewicht und die Glaubwürdigkeit, um hier eine Führungsrolle zu übernehmen.

„Der Schutz von Zivilist\*innen und die Sicherung humanitärer Infrastruktur sind nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch strategisch essenziell für die regionale Stabilität.“

Die Bundesregierung sollte Sudan weiterhin prominent auf der außenpolitischen und humanitären Agenda halten. Dazu gehört die Unterstützung der Afrikanischen Union beim Aufbau eines gemeinsamen Verhandlungsforums zur Deeskalation. Dass die Londoner Konferenz weder ein gemeinsames Communiqué noch eine Kontaktgruppe hervorbrachte, zeigt, wie dringend eine koordinierte Herangehensweise gebraucht wird.

Gleichzeitig tragen regionale und internationale Akteure weiter zur Eskalation bei – etwa durch militärische oder finanzielle Unterstützung der Konfliktparteien. Deutschland sollte sowohl durch diplomatische Gespräche als auch öffentlich für Deeskalation eintreten. Auch wirtschaftliche Hebel wie der Export von sudanesischem Gold und anderen Rohstoffen sollten genutzt werden, um Druck für ernsthafte Verhandlungen aufzubauen.

Parallel dazu ist ein konsequentes Eintreten für das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechte unerlässlich. Der Schutz von Zivilist\*innen und die Sicherung humanitärer Infrastruktur sind nicht nur eine

moralische Verpflichtung, sondern auch strategisch essenziell für die regionale Stabilität.

## ZÖGERN KOSTET MENSCHENLEBEN

Solange es keinen politischen Fortschritt gibt, muss die Versorgung der sudanesischen Bevölkerung mit überlebenswichtiger Hilfe oberste Priorität haben. Deutschland sollte sich für eine sofortige, dreimonatige Aussetzung bürokratischer Hürden beim Zugang zu Hilfe einsetzen – inklusive uneingeschränktem UN-Zugang zu Gebieten außerhalb der Kontrolle der sudanesischen Streitkräfte. Humanitärer Zugang darf nicht an einen Waffenstillstand gebunden werden.

Deutschland sollte sein Gewicht in multilateralen Foren nutzen, um internationale Aufmerksamkeit für Sudan aufrechtzuerhalten. Ziel muss es sein, Zivilist\*innen zu schützen, humanitären Zugang sicherzustellen und regionale Akteure zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Krise in Sudan ist nicht vorübergehend. Es handelt sich um einen langfristigen, systemischen Zusammenbruch – der absehbar war. Die sudanesische Bevölkerung ist widerstandsfähig und engagiert, aber sie kann den Wiederaufbau nicht allein stemmen.

## LINK

International Rescue Committee (IRC): 2025 Emergency Watchlist: [rescue.org/de/report/watchlist2025](https://rescue.org/de/report/watchlist2025)



**EATIZAZ YOUSIF**

ist die Landesdirektorin von IRC Sudan.



**CORINA PFITZNER**

ist die Geschäftsführerin von IRC Deutschland.

[executiveoffice.germany@rescue.org](mailto:executiveoffice.germany@rescue.org)

*Im April 2025 reisten Eatizaz Yousif und Corina Pfitzner gemeinsam mit Vertreter\*innen des Auswärtigen Amtes in Sudan, um sich ein Bild von der humanitären Lage zu machen und Projekte von IRC in besonders betroffenen Regionen wie Gedaref zu besuchen. Trotz großer logistischer Herausforderungen reiste die Delegation von Port Sudan nach Gedaref, wo sie im Tunaydbah-Camp Projekte zur Gesundheitsversorgung, psychosozialen Unterstützung und zur Bargeldhilfe besuchte.*

Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS / Jason DeCrow



Klima- und Schuldenaktivist\*innen fordern die vollständige Streichung der Schulden des Globalen Südens und einen von den UN geleiteten Rahmen für Verschuldung und Klimaschutz.

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

# Eine Reform der globalen Finanzstruktur ist für Afrika unverzichtbar

*Die vierte Internationale Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung (FfD4) steht an, und die Forderung nach einer Reform der globalen Finanzstruktur ist dringender denn je. Das gilt insbesondere für Afrika, das nach wie vor strukturell benachteiligt ist – innerhalb eines Systems, das vor Jahrzehnten ohne afrikanische Beteiligung geschaffen wurde.*

---

VON AFRICA KIIZA

**D**ie derzeit in Sevilla stattfindende FfD4-Konferenz bietet den UN-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, gemeinsame Maßnahmen gegen zentrale Hindernisse nachhaltiger Entwicklung zu beschließen. Für Afrika ist das von besonderer Bedeutung: Der Kontinent steht vor einer gewaltigen Finanzierungslücke. Um die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bis 2030 zu erreichen, beziffert die Afrikanische Union diese Lücke auf jährlich rund 200 Milliarden Dollar.

Afrika hat über Jahrzehnte hinweg die Führungsstruktur der Bretton-Woods-Finanzinstitutionen hinnehmen müssen. Bis heute wird im Rahmen des informellen „Gentlemen’s Agreement“ die Weltbank stets von einem US-Amerikaner und der Internationale Währungsfonds (IWF) von eine\*r Europäer\*in geleitet. Noch deutlicher wird das Machtgefälle innerhalb der globalen Finanzarchitektur am Quotensystem des IWF: Die 55 afrikanischen Staaten mit über 1,4 Milliarden Menschen verfügen zusammen über lediglich 6,47 % der Stimmrechte – im Vergleich zu den 16,5 % der USA, die weniger als ein Viertel dieser Bevölkerungszahl stellen. Diese Ungleichheit schränkt den Einfluss Afrikas auf wichtige globale Wirtschaftsentscheidungen ein, etwa darauf, wie die Tragfähigkeit von Schulden bewertet wird, welche Arten von Finanzierungen Ländern in Schuldennot angeboten werden und welche Kriterien für eine „solide“ Wirtschaftspolitik gelten.

Auch das Verhalten privater Ratingagenturen gegenüber afrikanischen Staaten ist Teil des Problems. Der globale Markt wird von drei Agenturen dominiert – Moody’s, S&P Global und Fitch Ratings –, die allesamt in den USA und Großbritannien ansässig sind. Ihre Bewertungen führen regelmäßig zu erhöhten Kreditkosten, Kapitalflucht, Druck auf lokale Währungen und vorsorglichen Sparmaßnahmen, um Herabstufungen zu vermeiden. Im Jahr 2024 kam nur ein afrikanisches Land, Botswana, auf ein Rating von BBB+, das höchste des Kontinents.

### **DEUTSCHLAND WURDE DIE HÄLFTE DER SCHULDEN ERLASSEN**

Derzeit sind mehr als 25 afrikanische Staaten entweder stark von einer Überschuldung bedroht oder bereits überschuldet. Dabei sind die absoluten Zahlen verhältnismäßig gering. Die Gesamtverschuldung Afrikas lag im Jahr 2023 bei rund 1,8 Billionen Dollar – deutlich weniger als die 2,9 Billionen Dollar Schulden Deutschlands.

Nach dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurden Deutschland 50 % seiner Schulden erlassen, und die verbleibenden Schulden wurden auf drei Prozent der Exporteinnahmen begrenzt und nur im Falle eines Handelsüberschusses Deutschlands fällig. Heute zahlen die meis-

„Viele afrikanische Länder zahlen heute mehr für ihren Schuldenerlass, als Deutschland gemäß des Londoner Schuldenabkommens zahlen musste.“

ten afrikanischen Länder mehr für den Schuldendienst, als Deutschland gemäß dem Londoner Schuldenabkommen zahlen musste. Auch wenn das Londoner Abkommen nie für Afrika galt, zeigt das Beispiel, wie unterschiedlich international mit verschuldeten Ländern umgegangen wird.

Als eine der wichtigsten Konferenzen zur Entwicklungsfinanzierung der vergangenen zehn Jahre muss die FfD4 diese strukturellen Ungerechtigkeiten nun angehen. Das erfordert eine Reform der IWF-Quotenverteilung, um wirtschaftliche Instabilität besser zu berücksichtigen. Außerdem erfordert es, private Ratingagenturen zu regulieren und die Einrichtung lokaler Alternativen wie der African Credit Rating Agency (AfCRA) zu unterstützen. Die AfCRA könnte Afrika die Möglichkeit bieten, ein Kreditrating-System einzuführen, das die sozioökonomischen Gegebenheiten des Kontinents widerspiegelt und eine genauere Darstellung seiner Kreditwürdigkeit ermöglicht.

Die Bewältigung systemischer Herausforderungen bedeutet auch, öffentliche Mittel zu mobilisieren, um die Klimakrise zu bekämpfen; eine UN-Konvention zu Staatsschulden zu schaffen, um den Widerstand gegen eine Reform der Schuldenarchitektur zu beenden; die UN-Rahmenkonvention über internationale Steuerkooperation zu unterstützen, um ein faires globales Steuersystem zu fördern; und sich dringend für einen Schuldenerlass einzusetzen.

### **LINK**

[actionaid.org/sites/default/files/publications/Debt-Swaps-Wont-Save-Us-Briefing-2024.pdf](https://actionaid.org/sites/default/files/publications/Debt-Swaps-Wont-Save-Us-Briefing-2024.pdf)



### **AFRICA KIIZA**

ist Berater für wirtschaftliche Gerechtigkeit bei Christian Aid.

[akiiza@christian-aid.org](mailto:akiiza@christian-aid.org)

## MEINUNGSFREIHEIT

# In Haft wegen eines Romans

*In vielen Ländern ist nicht nur direkte politische Meinungsäußerung gefährlich, sondern auch indirekte – etwa mit den Mitteln der Fiktion. Der ugandische Autor Kakwenza Rukirabashaija hat für seine künstlerische Freiheit einen hohen Preis bezahlt.*

---

VON CHARLES KAMBALE

**A**utoritäre Regime in vielen Teilen der Welt beschneiden das grundlegende Menschenrecht der Meinungsfreiheit erheblich: Wer unter ihrem Einfluss lebt und sie kritisiert, muss Repressionen fürchten. Eine Möglichkeit, damit umzugehen, ist, auf Fiktion auszuweichen. Satirische fiktionale Texte spiegeln die Realität mit literarischen Mitteln und üben Kritik, oft ohne sie konkret an real existierenden Personen festzumachen. Satire kann Künstler\*innen so einen Schutzschild bieten – insbesondere, wenn die implizit kritisierten Personen sie nicht verstehen oder aufgrund ihrer Mehrdeutigkeit ignorieren können.

Dieser Schutz funktioniert allerdings nicht immer. Autoritäre Regime setzen alles daran, Narrative zu kontrollieren, und bringen oft auch Satiriker\*innen zum Schweigen. Sie ver-

bieten beispielsweise deren Karikaturen oder Schriften auch dann, wenn Kritik zwar nicht direkt geäußert wird, sie aber in die Werke hineininterpretiert werden kann.

In Uganda weicht die Regierung unter Yoweri Museveni weiterhin von dem Weg der Freiheit und Demokratie ab, den er bei der Machtübernahme 1986 verkündet hatte. Heute müssen viele Schriftsteller\*innen, Journalist\*innen, Politiker\*innen und Akteur\*innen der Zivilgesellschaft vorsichtig sein, um nicht ins Visier des Staates zu geraten, falls ihre Ansichten als regimekritisch angesehen werden können.

Im Jahr 2020 veröffentlichte Kakwenza Rukirabashaija, ein ugandischer Anwalt und Autor, den Roman „The Greedy Barbarian“. Er erzählt darin die fiktive Geschichte eines Jungen, der mit seiner Mutter aus seinem Heimatland flie-

Kakwenza Rukirabashaija in Kampala, Uganda, im Jahr 2022.

„Rukirabashaijas politische Satire brachte ihn in Schwierigkeiten, weil sie sich auf die aktuelle politische Situation in Uganda beziehen lässt.“



Foto: dpa / ASSOCIATED PRESS | Hajarrah Nalwaccha

hen musste und im Nachbarland eine politische Karriere verfolgt. Das Buch behandelt Themen wie Korruption und Gier auf höchster Ebene.

Rukirabashaijas politische Satire brachte ihn in Schwierigkeiten, weil sie sich auf die aktuelle politische Situation in Uganda beziehen lässt. Im Jahr 2020 wurde er vorgeblich wegen Verstößen gegen die Covid-19-Vorschriften verhaftet, aber über den Inhalt seines Romans verhört. Später im selben Jahr wurde er erneut verhaftet, diesmal wegen „Anstiftung zur Gewalt und Förderung von Sektierertum“, nachdem er sich auf Twitter (heute X) abfällig über den Präsidenten und dessen Sohn geäußert hatte.

#### „DIE FEDER WIRD IMMER ÜBER WAFFEN SIEGEN“

In staatlicher Haft wurde Rukirabashaija gefoltert, sein Geist blieb aber ungebrochen. Später sagte er, die Meinungsfreiheit dürfe niemals durch eine Diktatur eingeschränkt werden, da sie sowohl in nationalen als auch in internationalen Gesetzen anerkannt sei. „Die Feder wird immer über Waffen und jede Unterdrückung siegen“, sagte er. In seinem Buch „Banana Republic: Where Writing is Treasonous“ („Bananenrepublik: Wo Schreiben Verrat ist“) berichtete er über die Folter.

Das Schicksal von Kakwenza Rukirabashaija hat viele bewegt. Im Jahr 2021 erhielt er den PEN Pinter Prize for an International Writer of Courage und 2023 den Václav Havel Prize for Creative Dissent. Derzeit lebt er als Stipendiat des PEN-Zentrums Deutschland im Exil in Deutschland.

#### LITERATUR

Rukirabashaija, K, 2020: The Greedy Barbarian. Kitara Nation.

Rukirabashaija, K, 2023: Banana Republic: Where Writing is Treasonous. theworldiswatching.

#### CHARLES KAMBALE

ist das Pseudonym eines ugandischen Autors, der diesen Text aus offenkundigen Gründen nicht unter seinem Klarnamen veröffentlichen möchte.

euz.editor@dandc.eu

Das wachsende E-Learning-Geschäft in Vietnam hat die Aufmerksamkeit des Apple-Chefs Tim Cook auf sich gezogen, der das Land 2024 besuchte.

Foto: picture alliance / Associated Press / Tuan Hung



## E-LEARNING

# Die digitale Revolution von oben

*Der vietnamesische Bildungssektor erlebt derzeit eine digitale Revolution. Während der Coronapandemie hat die Regierung schnell auf digitales Lernen gesetzt. Jetzt möchte sie den nächsten Schritt geben: Die Digitalisierung der Klassenzimmer zielt darauf ab, die Qualität der Bildung und die Inklusionsmöglichkeiten zu verbessern – und letztlich das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.*



Im Jahr 2022 hat Vietnam sich auf den Weg gemacht, sein Bildungssystem digital zu transformieren: Während der Pandemie stellte das Land schnell auf Online- und Fernunterricht um. Ein von der Regierung initiiertes Projekt, das von 2022 bis 2025 läuft, zielt nun darauf ab, digitale Technologien auf allen Ebenen des Bildungssystems zu integrieren, um Innovationen im Lehren und Lernen zu fördern und die Qualität sowie die Zugänglichkeit der Bildungsangebote zu verbessern.

Das vietnamesische Beispiel ist besonders – nicht zuletzt aufgrund seines politischen Systems. Die Einparteiensregierung verfolgt einen Top-down-Ansatz, um die digitale Transformation des Landes voranzutreiben, indem sie den Einsatz von Lernmanagementsystemen (LMS) vorschreibt und der Vermittlung digitaler Kompetenzen Priorität einräumt. Sie stützt sich dabei auf die Erfahrungen anderer asiatischer Länder wie Südkorea und Singapur, wo staatlich gelenkte Bildungsreformen wichtige Triebkräfte des wirtschaftlichen Wandels waren.

Im Jahr 2023 berichtete die UNESCO, dass neun von zehn Schulen im ganzen Land über einen Internetanschluss verfügen: „Mit einem der am schnellsten wachsenden Märkte für Online-Lernen hat Vietnam enorme Chancen, sich als

führender regionaler Bildungsstandort und als globales Vorbild zu etablieren.“

### INVESTITIONEN IN DIGITALE INFRASTRUKTUR

Zu diesem Zweck hat die Regierung in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investiert. Sie hat Partnerschaften mit öffentlichen Telekommunikationsunternehmen wie VNPT und Viettel geschlossen, um Internetzugang in bisher unterversorgten Regionen, insbesondere in ländlichen Gebieten, bereitzustellen. Darüber hinaus hat sie Initiativen ins Leben gerufen, um bedürftigen Schüler\*innen Geräte und Internetverbindungen zur Verfügung zu stellen und benachteiligte Gruppen wie ethnische Minderheiten sowie ländliche Gemeinden zu fördern.

„Der vietnamesische Bildungssektor steht weiterhin vor großen Herausforderungen, insbesondere in ländlichen Gebieten, wo der Zugang zu Infrastruktur, digitaler Ausstattung und qualifizierten Lehrkräften begrenzt ist.“

Auch der wachsende Bildungstechnologie-(Ed-Tech)-Sektor Vietnams leistet einen Beitrag: Unternehmen haben Zugang zu Lern-Apps und Online-Plattformen bereitgestellt, die die Kommunikation zwischen Schüler\*innen, Eltern und Schulen erleichtern. Phan An, Gründer und CEO von WordsMine, einem vietnamesischen Ed-Tech-Unternehmen, sagt: „Wir verwenden eine KI-gestützte Plattform, um Wissen in Fächern wie Finanzen, Mathematik und Geschichte zu vermitteln – mit einem Schwerpunkt auf junge Menschen, insbesondere Schülerinnen und indigene Gemeinschaften in ländlichen Gebieten –, um die Wissenslücke zu schließen, die durch Sprachbarrieren entstanden ist.“

Dennoch mangelt es nach wie vor an digitalen Bibliotheken, E-Learning-Tools und Ressourcen wie E-Books, insbesondere in Regionen, in denen traditionelle Bildungsressourcen ohnehin knapp sind, wie beispielsweise in ländlichen Gebieten.

Ein robustes digitales Bildungssystem erfordert Lehrkräfte, die im Umgang mit modernen Tools gut geschult sind und die Schüler\*innen individuell unterstützen können. Obwohl Vietnam über 2000 Lehrkräfte in digitalen Kompetenzen geschult hat, fehlen vielen Schulen noch immer die Fachkräfte, die für die Wartung der digitalen Ressourcen erforderlich sind.

„Trotz staatlicher Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes digitaler Bildung verfolgen viele Bildungseinrichtungen nach wie vor einen eher traditionellen, lehrerzentrierten Ansatz, der nicht gut auf die digitale Bildung und die für Industrie und Bildung 4.0 erforderlichen Kompetenzen abgestimmt ist“, sagt Sasha Stubbs, Learning Design Manager an der RMIT University Vietnam. Laut UNESCO variieren die Kompetenzen der Lehrkräfte erheblich, insbesondere in abgelegenen Gebieten.

Allerdings beginnen Studienprogramme, diese Lücke zu schließen. So bereitet beispielsweise der Bachelorstudiengang „Education Technology“ der Hanoi University of Science and Technology Lehrkräfte auf digitale Lernumgebungen vor. An der RMIT University Vietnam wird die Zusammenarbeit zwischen Pädagog\*innen gefördert.

#### NÄCHSTER SCHRITT: KI IM KLASSENZIMMER

Der vietnamesische Bildungssektor steht weiterhin vor großen Herausforderungen, insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen der Zugang zu Infrastruktur, digitaler Aus-

stattung und qualifizierten Lehrkräften begrenzt ist. Dennoch erscheint die digitale Bildungsrevolution in Vietnam insgesamt vielversprechend. Laut einer aktuellen Studie erzielten vietnamesische Schüler\*innen mit Zugang zu digitalen Tools bessere Testergebnisse als ihre Altersgenoss\*innen ohne solche Ressourcen. Vietnam legt den Schwerpunkt auf die Lehrerausbildung und versucht, regionale sowie geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu überwinden. Die nächsten Schritte sind bereits in Planung, mit dem Ziel, den Einsatz von KI zu erhöhen: Vielleicht werden bald Chatbots vietnamesischen Schüler\*innen sagen, ob ihre Mathehausaufgaben richtig sind.

#### LINK

Vinh, L. A., Phương, L. M., Lân, D., Mỹngọc, T., Dien, B. T., 2023: Technology in education: a case study on Viet Nam. Paper commissioned for the 2023 Global Education Monitoring Report, Southeast Asia – Technology in education.

[unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000387747](https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000387747)



#### GIOVANNI PUGLISI

ist Journalist, Gründer und Medienberater. Er hat einen Masterabschluss von der London School of Economics.

[giovanni.puglisi@alumni.lse.ac.uk](mailto:giovanni.puglisi@alumni.lse.ac.uk)



# Folgen Sie uns auf LinkedIn!

#### SIE FINDEN UNS UNTER

[linkedin.com/  
company/d-c-development-  
and-cooperation](https://linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website [dandc.eu](https://dandc.eu) hin.





PRESSEFREIHEIT

# Ein „schwarzes Loch“ der Information

*In Libyen fehlt es an unabhängigen Medienangeboten. Radio- und Fernsehsender, Zeitungen und Online-Medien werden von den beiden großen politischen Lagern mit eiserner Hand kontrolliert. So haben Hetze und Falschinformationen leichtes Spiel.*

VON MOUTAZ ALI

Seit März 2022 konkurrieren in Libyen zwei Regierungen um die Macht: das international anerkannte Government of National Unity (GNU) mit Sitz in Tripolis, das Teile Westlibyens kontrolliert, und das Government of National Stability (GNS) in Bengasi im Osten des Landes. Die tiefe politische Spaltung Libyens wirkt sich erheblich auf die Pressefreiheit in dem Land aus. Viele Medienschaffende haben Libyen verlassen. Wer geblieben ist, hat in dem Konflikt entweder Partei ergriffen oder steht unter der Kontrolle eines der beiden Lager. Es mangelt an freier, unabhängiger Berichterstattung.

Die zivilgesellschaftliche Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) nennt Libyen ein „wahres schwarzes Loch“,

was Informationen angeht, und führt das Land im aktuellen World Press Freedom Index auf Platz 137 von 180. Journalist\*innen seien seit Jahren Ziel von Einschüchterungen und körperlicher Gewalt, auch wenn sich die Lage seit dem Ende des Bürgerkriegs offenbar verbessert habe, heißt es bei RSF. Sowohl im Osten als auch im Westen des Landes sei es den Machhabern gelungen, mithilfe ihrer bewaffneten Gruppen Angst unter Medienschaffenden zu schüren und sie letztlich ihrer Unabhängigkeit zu berauben.

## MEDIEN ALS INSTRUMENT DER MÄCHTIGEN

„Als libysche Journalistin bin ich sehr besorgt über die anhaltende Verschlechterung der Medienlage im Land“, sagt

„Die politische, wirtschaftliche und Sicherheitslage bleibt für die Bevölkerung kritisch. Immer wieder bricht lokal Gewalt aus.“



Foto: picture alliance/abaca/AA/ABACA

**Soldaten marschieren im Februar in Tripolis anlässlich Feierlichkeiten zum 14. Jahrestag der Revolution des 17. Februar, in deren Folge das Gaddafi-Regime gestürzt wurde.**

die Freiberuflerin Eman Ben Amer. Inmitten der instabilen politischen Lage seien die Medien zu einem Instrument der Reichen und Mächtigen geworden, meint sie. Die Menschen in Libyen hätten das Vertrauen in die Medien verloren – aufgrund der grassierenden Desinformation und auch, weil es kein Gesetz gebe, das Journalist\*innen und die Unabhängigkeit der Medien schütze.

Auch RSF analysiert, dass keine Behörde und kein Gesetz in Libyen Medienpluralismus, Transparenz oder den Zugang zu Informationen gewährleiste. Gesellschaftlich relevante Themen kämen in den libyschen Medien zu kurz, insbesondere auch Perspektiven der jungen Bevölkerung. Diese wendeten sich Social-Media-Plattformen zu, die Radikalisierung und Hass begünstigen.

### VERBREITUNG VON FALSCHINFORMATIONEN

Es sei auffällig, dass die politischen Seiten in ihren Medienkämpfen zunehmend auf „Blogger und Söldner elektronischer Armeen“ setzen statt auf traditionelle Medien, sagt der freiberufliche Journalist Majd Gannud. Viele Blogger\*innen in den sozialen Medien verbreiteten falsche Informationen, die den Interessen der Konfliktparteien dienten und in keiner Weise ethischen Standards im Journalismus entsprächen, meint Gannud.

Auch die freiberufliche Journalistin Rabiha Habas sagt, libysche Journalist\*innen seien zwar im Besitz ihrer Presseausweise, könnten aber ihrer Arbeit vor Ort nicht nachgehen. „Das liegt nicht an einem Mangel an Leidenschaft oder Produktivität“, sagt sie. Vielmehr würden sie von einflussreichen Personen für deren kurzfristige Interessen

missbraucht. Immerhin würden zumindest ausländische Journalist\*innen oder libysche Medienschaffende im Ausland wichtige politische Themen aufgreifen.

Eine echte Besserung der Situation ist kurzfristig nicht in Sicht. Die politische, wirtschaftliche und Sicherheitslage bleibt für die Bevölkerung kritisch. Immer wieder bricht lokal Gewalt aus. Obwohl klar ist, dass es Wahlen geben soll, besteht noch keine Einigung über die genaueren Umstände.

Die internationale Gemeinschaft müsse gemeinsam einen Plan zur Unterstützung eines demokratischen Staates ausarbeiten, der den Bedürfnissen der libyschen Bevölkerung gerecht wird und Wirtschaftswachstum sowie eine gerechte Entwicklung fördert, erklärt Hanna Tetteh, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Libyen. Sie betont, dass in dem ölreichen Land eigentlich genügend Ressourcen vorhanden seien, um die Sicherheit und das Wohl der Bevölkerung zu gewährleisten.

### LINKS

Reporter ohne Grenzen (RSF), 2025: World Press Freedom Index. [rsf.org/en/index](https://rsf.org/en/index)  
RSF, Libyen: [rsf.org/en/country/libya](https://rsf.org/en/country/libya)



### MOUTAZ ALI

ist Journalist und lebt in Tripolis, Libyen.

[ali.moutaz77@gmail.com](mailto:ali.moutaz77@gmail.com)

GENDERGERECHTIGKEIT

# Eine Präsidentin sorgt nicht automatisch für Gleichstellung

*Namibia schreibt Geschichte mit einer erstmals rein weiblichen Staatsspitze. Doch der politische Aufbruch muss sich für die Frauen des Landes in gesellschaftliche Realität übersetzen.*

---

VON CLEMENCE MANYUKWE

**N**amibia hat mit Netumbo Nandi-Ndaitwah im November letzten Jahres zum ersten Mal eine Frau ins Präsidentenamt gewählt. Neben Nandi-Ndaitwah wurde Lucia Witbooi zur Vizepräsidentin ernannt, und mit Saara Kuugongelwa-Amadhila steht erstmals eine Frau dem Parlament vor. Acht Ministerposten gingen an Frauen. Das ist nicht nur für Namibierinnen ein historischer Moment.

Der internationale Vergleich unterstreicht den Fortschritt des Landes: Im Global Gender Gap Report 2024 des Weltwirtschaftsforums zur Geschlechtergleichstellung belegt Namibia unter allen Ländern Afrikas Platz eins und weltweit Rang acht. Maßgeblich dafür sind eine progressive Verfassung, die Gleichberechtigung garantiert, sowie gezielte Gesetzgebungen zur Förderung von Frauen.

Namibias erste  
Präsidentin:  
Netumbo  
Nandi-Ndaitwah.



## „Die Herausforderung für die neue Regierung besteht nun darin, die politischen Erfolge in strukturelle Fortschritte zu überführen.“

Die neue Präsidentin betonte in ihrer Antrittsrede im März, dass ihre Wahl auf Leistung, nicht auf Geschlecht, beruhe. Frauen sollten „nicht darum bitten, gewählt zu werden, weil wir Frauen sind, sondern weil wir fähige Mitglieder der Gesellschaft sind“, sagte sie. Das Erreichen des Gleichstellungsziels sei weltweit ein andauernder Prozess.

Frauenstärkung hat eine hohe Priorität im Wahlprogramm ihrer Partei SWAPO (South West Africa People's Organisation) und wird Nandi-Ndaitwah nun als politische Leitlinie dienen. So will sie den Zugang zu Land, Krediten, Märkten und Arbeitsplätzen verbessern, Gewalt gegen Frauen bekämpfen und die unternehmerischen Kompetenzen von Frauen stärken. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, etwa durch spezialisierte Polizeieinheiten.

### ZWEIFEL IN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Zivilgesellschaftliche Stimmen weisen allerdings darauf hin, dass formale Gleichstellung nicht automatisch zu echter Teilhabe führt. Liz Frank, Aktivistin und Direktorin des Women's Leadership Centre in Namibia, kritisiert den Rückgang des Frauenanteils im Parlament auf 33 %. Sie fordert ein Gesetz, das politische Parteien zur Gleichstellung verpflichtet.

Trotz der Präsenz von Frauen in Regierungsposten zeigten sich in den ersten Personalentscheidungen der Präsidentin Rückschritte. Bei der Besetzung von Gouverneursposten in den Regionen wurde das 50/50-Prinzip ignoriert: Sechs von sieben neu ernannten Gouverneursposten gingen an Männer. Alle weiteren Gouverneure sind ebenfalls Männer. Das sei ein Zeichen dafür, dass Gleichstellung nicht systematisch mitgedacht werde, so Frank.

Brigit May Loots, eine namibische Beraterin, die im Bereich Gender und soziale Entwicklung tätig ist, hebt hervor, dass viele Namibierinnen von Gleichstellung wenig spüren: Arbeitslosigkeit, sexuelle Gewalt und eingeschränkter Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung prägen ihre Realität. Jede vierte Frau sei von Partnerschaftsgewalt betroffen, jede fünfte Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren sei bereits schwanger gewesen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Haltung der Präsidentin zur Gleichstellung sexueller Minderheiten. Die Ablehnung von Rechten für lesbische Frauen durch die Staatsführung steht im Kontrast zu ihrer allgemeinen Gleichstellungsrhetorik.

James Itana, Direktor von Regain Trust, einer zivilgesellschaftlichen Organisation zur Stärkung von Frauen und Mädchen in Namibia, mahnt zudem, Jungen und Männer in Gleichstellungsstrategien einzubeziehen. In Namibia sei ein Rückgang bei den Bildungschancen und der psychischen Gesundheit unter Männern und Jungen zu verzeichnen, was sich in hohen Suizidraten niederschlägt.

Die Herausforderung für die neue Regierung besteht nun darin, die politischen Erfolge in strukturelle Fortschritte zu überführen. Dazu gehören gezielte Fördermaßnahmen für benachteiligte Frauengruppen, etwa für Frauen mit Behinderung, in ländlichen Regionen oder aus marginalisierten Gemeinschaften wie den San oder den Ovahimba. Nur wenn politische Repräsentation mit echter Teilhabe einhergeht, kann Namibia sein Potenzial als Vorreiterin in Sachen Geschlechtergerechtigkeit wirklich entfalten.



### CLEMENCE MANYUKWE

ist ein Journalist aus Simbabwe, der hauptsächlich zu Themen aus den Bereichen Menschenrechte und Regierungsführung schreibt.

[charindapanze2020@yahoo.com](mailto:charindapanze2020@yahoo.com)

## ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

# Indiens Reinigungskräfte für Latrinen werden aufgrund ihrer Kaste ausgebeutet

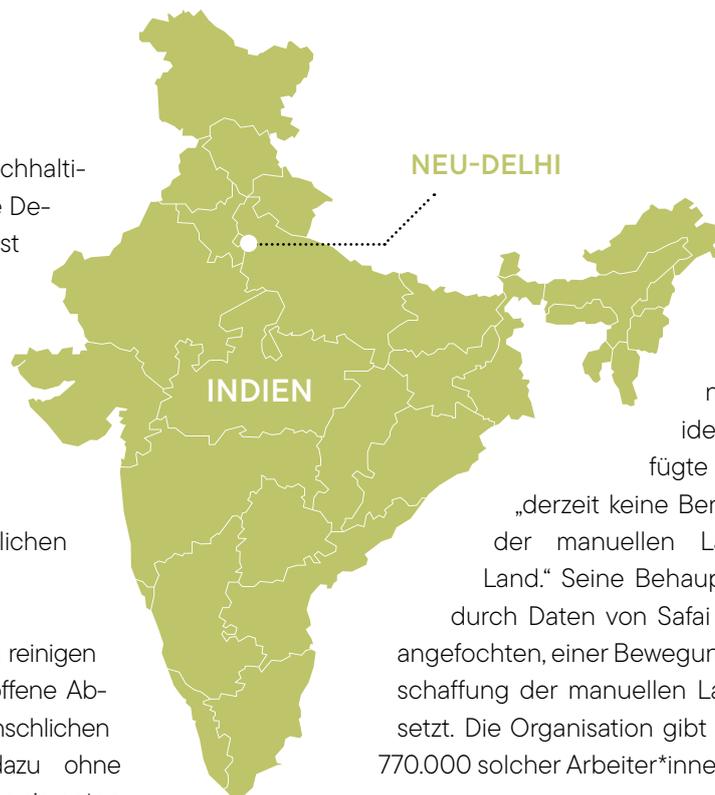
*Inder\*innen unterdrückter Kasten reinigen trotz Verbots und unter Lebensgefahr händisch Latrinen. Ihre Lage offenbart systemische Diskriminierung, desolate Infrastruktur und geringe Fortschritte bei der Umsetzung menschenwürdiger Arbeit.*

VON IPIL MONICA BASKI

Eines der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) ist die Förderung menschenwürdiger Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8). In Indien jedoch gefährdet die weit verbreitete manuelle Latrinenreinigung das Erreichen dieses Ziels. Informelle Arbeiter\*innen aus unterdrückten Kasten arbeiten dabei unter gefährlichen und unhygienischen Bedingungen.

Bei der manuellen Latrinenreinigung reinigen die Arbeiter\*innen unter anderem offene Abwasserkanäle und Latrinen von menschlichen Exkrementen. Manche steigen dazu ohne Schutzausrüstung in Gruben hinab, wo sie potenziell giftigen Abfällen ausgesetzt sind. Darunter sind auch schädliche Gase und Krankheitserreger, die zu Krankheiten wie Leptospirose, Hepatitis und durch Helicobacter verursachte Krankheiten führen können. Offizielle Statistiken über Todesfälle gibt es kaum, doch laut Berichten sind bereits Menschen ums Leben gekommen.

Bei der Berichterstattung über die Notlage der „Kanalarbeiter\*innen“ in Indien bestätigte BBC-Mitarbeiter Roxy Gagdekar Chhara aus dem indischen Bundesstaat Gujarat das Rätsel um die Statistiken zur manuellen Latrinenreinigung. Er bezog sich dabei auf einen indischen Bundesmi-



nister, der 2021 vor dem Parlament erklärte, die Regierung habe durch Umfragen 58.098 solcher Reinigungskräfte im Land identifiziert. Der Minister fügte hinzu, es gebe aber „derzeit keine Berichte über die Praxis der manuellen Latrinenreinigung im Land.“ Seine Behauptung wird allerdings durch Daten von Safai Karmachari Andolan angefochten, einer Bewegung, die sich für die Abschaffung der manuellen Latrinenreinigung einsetzt. Die Organisation gibt an, dass es mehr als 770.000 solcher Arbeiter\*innen gebe.

## DAS VERBOT WIRD KAUM DURCHGESETZT

Die Arbeit der Latrinenreiniger\*innen ist so demütigend, dass sie in der Regel im Verborgenen oder nachts erledigt wird, damit die „zivilisierte“ Gesellschaft etwas so Abscheuliches nicht sehen muss. Offiziell ist diese Form der Latrinenreinigung in Indien illegal. Indien verbot 1993 mit dem „Employment of Manual Scavengers and Construction of Dry Latrines (Prohibition) Act“ erstmals die manuelle Latrinenreinigung. 2013 wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das die Beschäftigung als manuelle Latrinenreinigungskraft unterbindet und Betroffene bei der Rehabilitation unterstützt („Prohibition of Employment as Manu-

al Scavengers and their Rehabilitation Act"). Ziel des Gesetzes ist es, betroffene Personen zu identifizieren und ihnen durch Rehabilitationsprogramme neue Perspektiven zu eröffnen. Im Jahr 2014 entschied der Oberste Gerichtshof Indiens, dass die manuelle Latrinenreinigung eine grobe Verletzung internationaler Menschenrechte darstellt.

## KASTENBASIERTE UNGLEICHHEIT UND STRUKTURELLE ARMUT

Trotz der gesetzlichen Regelungen und der offensichtlichen Gefahren dieser Praxis sind die Menschen aus Armut auf sie angewiesen. Das Kastensystem Indiens spielt dabei eine bedeutende Rolle, da insbesondere Arbeiter\*innen aus unterdrückten Kasten betroffen sind. Die Dalits, die sogenannten Unberührbaren, und die Adivasi, die indigene Bevölkerung Indiens, gehören zu den am stärksten unterdrückten Gruppen des Landes. Seit Jahrhunderten werden sie ausgegrenzt und ihrer grundlegenden Menschenrechte beraubt. In der Folge sind sie häufiger von Armut, mangelndem Zugang zu Bildung und geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten betroffen. Die Zeitung Indian Express berichtete unter Berufung auf Regierungsdaten, dass überwältigende 97 % der manuellen Latrinenreiniger\*innen in Indien Dalits sind – das unterstreicht die starke Verbindung zwischen der Kaste und dieser Form von Arbeit.

Die manuelle Latrinenreinigung offenbart verschiedene Probleme der indischen Gesellschaft. Neben der Unterdrückung ganzer Bevölkerungsgruppen und fehlender Arbeitnehmerrechte hat das Land mit unzureichender, veralteter Infrastruktur zu kämpfen. Dazu gehören schlecht gewartete öffentliche Toiletten, überflutete Straßen und verschmutzte Abwasserkanäle im öffentlichen Raum. Obwohl das Land technologische Fortschritte gemacht hat, fehlen geeignete Maschinen, um die sanitäre Infrastruktur sauber zu halten. Unter diesen Umständen bietet die manuelle Latrinenreinigung billige Arbeitskräfte.

Die Diskriminierung unterdrückter Gruppen in Indien, auch am Arbeitsplatz, muss aufhören. Die Menschen, die derzeit als manuelle Latrinenreiniger\*innen arbeiten, sind in einem Teufelskreis aus sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung von weiten Teilen des Arbeitsmarktes gefangen. Sie verdienen jedoch menschenwürdige Arbeit – genau wie alle anderen auch.



### IPIL MONICA BASKI

ist eine freiberufliche Autorin und Aktivistin aus Indien.

[ipilbaski16001@gmail.com](mailto:ipilbaski16001@gmail.com)

## IMPRESSUM

### E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

#### 66. Jg. 2025

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30.06.2025 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner\*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

#### ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

[engagement-global.de](http://engagement-global.de)

#### BEIRAT:

Selmin Çalişkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,

Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

#### VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

#### ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

#### REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli

Mahajan, Lucknow (RM), Ronald Ssegujja Ssekandi, Kampala (RSS, Kolumne

Heutzutage), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

#### DESIGN:

Lisa Stein, Anabell Krebs

#### ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.

AUFMERKSAMKEIT FÜR DEN KLIMAWANDEL

# Weshalb sprechen wir nicht mehr über das Klima?



“Global Warming”-Serie des nigerianischen Künstlers Fred Martins. Mehr Infos zum Künstler finden Sie auf Seite 4.

Illustration: Fred Martins  
@fredmartinx

UNSERE SICHT

# Klimaschutz ins Rampenlicht

*Unser Planet wird immer wärmer, aber in den Medien dominieren andere Themen. Hinzu kommt gezielt gestreute Klimadesinformation. Das ist ein fataler Mix, weil nur gut informierte und verantwortungsbewusste Bürger\*innen den nötigen Druck auf die Politik ausüben können.*

VON JÖRG DÖBEREINER

**Z**ur Erinnerung: Die vergangenen zehn Jahre waren global die wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Spitzenreiter ist das vergangene Jahr mit einer Erwärmung von mehr als 1,5 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit. Der Mai 2025 war der zweitwärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. In den klassischen Medien und auf Social Media haben in den vergangenen Wochen und Monaten aber andere Themen dominiert. Seien es die Konflikte in Nahost, Kaschmir und der Ukraine, die Zoll- und Außenpolitik der USA, die Wahl von Papst Leo XIV. oder die jeweils aktuellen innenpolitischen Angelegenheiten eines Landes – in Deutschland zum Beispiel die Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

All diese Themen sind wichtig, und es ist richtig, dass Medien über sie berichten. Aber daneben bleibt derzeit zu wenig Platz für die schleichende Katastrophe Erderhitzung. Nachdem die Coronapandemie Klimathemen verdrängt hatte, stieg das Interesse zu den UN-Klimagipfeln von Glasgow 2021 und Scharm el-Scheich 2022 an, fiel aber jeweils sofort wieder ab, wie Daten des Media and Climate Change Observatory zeigen. Zuletzt bewegte sich die Aufmerksamkeitskurve eher nach unten, wenn auch auf einem höheren Gesamtniveau als vor den Massenprotesten der Klimabewegung ab 2018. Dabei halten es Forschende für wahrscheinlich, dass die Klimakrise allein im vergangenen Jahr zu Extremwetterereignissen mit zehntausenden Toten und Millionen Vertriebenen beigetragen hat.

Das komplexe, langfristige Phänomen Klimawandel hat es weiterhin schwer in einer medialen Welt, die oft durch Kurzfristigkeit und einfache Botschaften dominiert wird. Extreme Wetterereignisse machen zwar punktuell Schlagzeilen, führen aber nicht zu genug politischem Momentum, um die

eklatanten Lücken in der Klimafinanzierung zu schließen. Mindestens fünfmal so viel wie bisher müsste jährlich investiert werden, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, hat die Non-Profit-Organisation Climate Policy Initiative berechnet.

Zugleich unterminieren Akteure der Desinformation gezielt die Aufklärung zur Klimakrise: Sie lenken von ihr ab, spielen sie herunter und streuen gezielt falsche Informationen. Tatsächlich lässt sich mit Klimadesinformation gutes Geld verdienen, wie Ava Lee von der zivilgesellschaftlichen Organisation Global Witness schreibt.

Aus all diesen und weiteren Gründen fehlt leider der nötige Druck auf die politisch Verantwortlichen. Das gilt sowohl für reiche Industrienationen als auch für Länder mit niedrigen oder niedrigen mittleren Einkommen, in denen die Bevölkerung ganz andere Probleme hat, wie unsere Autor\*innen etwa aus Südsudan und Pakistan berichten. Das Perfide: Genau diese Probleme – ob Hunger, Konflikte oder fehlende Bildungschancen – verschärft der Klimawandel.

Bei E+Z rücken wir den Klimaschutz immer wieder in den Fokus – auch dann, wenn gerade keine Klimakonferenz stattfindet. Seit Kurzem sind wir zudem Teil des internationalen Mediennetzwerks Covering Climate Now, dessen Ziel es ist, Stimme einer zu stillen Mehrheit zu sein: jener bis zu 89 % der Weltbevölkerung, die Klimaschutz befürworten.

**JÖRG DÖBEREINER**

ist Chef vom Dienst von E+Z.

euz.editor@dandc.eu

REAKTIVIERUNG VON KLIMAMASSNAHMEN

# Die eine Sache, die uns alle betrifft

*Die Klimakrise zerstört nach wie vor Gemeinschaften. Dennoch ist sie aus dem globalen politischen Diskurs fast verschwunden, und die Menschen leben so weiter, als wäre es eine Krise, die eine App lösen könnte. Wie konnte ein so wichtiges Thema zu einem Hintergrundgeräusch verkommen?*

---

 VON ABIGAEL KIMA


Foto: dpa / Daniel Kubirski / Daniel Kubirski

Die Klimakrise macht Extremwetterereignisse wahrscheinlicher – auch im Globalen Norden: Nebenarm des Rheins im April.

**E**ine globale Pandemie und enorme Lebenshaltungskosten aushalten und zugleich sinnlose Kriege, die Aushöhlung der Demokratie und die eskalierende Klimakrise miterleben zu müssen – so habe ich mir meine Jugend nicht vorgestellt. Zu sehen, wie die Welt aus den Fugen gerät, zeigt einfach: Die Menschheit kann ihr eigener schlimmster Feind sein. Die Gier, Verantwortungslosigkeit

und das gnadenlose Streben nach Reichtum einer kleinen Minderheit der Weltbevölkerung haben uns an diesen Punkt gebracht.

Neben unseren multiplen Krisen wirkt die Klimakrise oft wie ein langsam eintretender Notfall – vor allem in Ländern, in denen es Extremwetter meist zu bestimmten Jahreszeiten

gibt. Normalerweise ist das der Moment, in dem die Welt aufhorcht: Sturzfluten in Bangladesch und Kenia, Waldbrände in Australien und Kanada. Diese Katastrophen – und die Aufmerksamkeit, die sie bekommen, – dauern möglicherweise nicht lange an. Für die am stärksten Betroffenen aber sieht es anders aus. Sie müssen mit Langzeitfolgen fertigwerden, die ihr Leben auf den Kopf stellen. Davon erholt man sich nicht so leicht – vor allem nicht ohne globale Unterstützung und Solidarität.

### **MIT NACHLASSENDE AUFMERKSAMKEIT SCHWINDET AUCH DER POLITISCHE WILLE**

Sobald wir die Klimakrise weniger beachten, lässt auch der politische Wille nach. Angesichts der aktuellen politischen Lage ist es nichts Besonderes, zu sagen, dass wir Fortschritte, die wir seit der COP1, der ersten UN-Klimakonferenz im Jahr 1995, erzielt haben, womöglich gerade wieder rückgängig machen. Als die neue US-Regierung ins Amt kam, war klar, dass sie erneut aus dem Pariser Abkommen aussteigen würde. Leider kürzen aber nicht nur die USA ihr Budget, sondern auch andere Industrienationen. Das hat drastische Folgen für wichtige Programme in vielen Ländern des Globalen Südens. Diese müssen nun herausfinden, wie sie sich am besten an den Klimawandel anpassen und weitere Folgen abmildern können – weitgehend ohne ausländische Hilfe.

Länder, die ihre Klimaverpflichtungen zurückschrauben, argumentieren unter anderem damit, dass es an der Zeit sei, nach innen zu blicken und sich um die eigenen Landsleute zu kümmern. Dieses Argument ist problematisch: Es ignoriert die historische Verantwortung der Länder, die durch die Nutzung fossiler Brennstoffe reich geworden sind, während die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen – vor allem im Globalen Süden – nun unter den Klimafolgen dieser Industrialisierung leiden. Die Bereitstellung von Klimageldern für gefährdete Bevölkerungsgruppen ist daher keine Gefälligkeit der reichen Länder, sondern eine Verpflichtung, die sie zu erfüllen haben. Zudem werden die westlichen Länder bald erkennen – wenn sie es nicht längst getan haben –, dass klimabedingte Katastrophen ihre eigene Bevölkerung nicht verschonen werden. Auch, um sich um sie zu kümmern, müssen sie Klimaschutz betreiben.

Traurig ist auch, dass die Budgetkürzungen in so einem wichtigen Moment der Klimabewegung geschehen – gerade jetzt, wo wichtige Diskussionen mehr im Mainstream ankommen. Nach jahrelangem Ringen wurde endlich der Loss-and-Damage-Fund auf den Weg gebracht. Die bereitgestellten Mittel waren aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zum BIP der am stärksten verantwortlichen Länder und zu den Profiten der Ölgiganten.

### **DEN MENSCHEN WIEDER DIE AUGEN FÜR DEN KLIMAWANDEL ÖFFNEN**

Wie gewinnt man also ein neues Bewusstsein für den Klimawandel? Zwei Beispiele von meinem Kontinent:

Am Horn von Afrika sind drei Regenzeiten nacheinander ausgefallen. Die Familien dort sind durch den Verlust ihres Viehs – ihrer Haupteinnahmequelle – ruiniert. Die Kinder sind unterernährt und können nicht zur Schule gehen. Mädchen müssen früh heiraten, da die Eltern die Grundbedürfnisse der Familie nicht mehr erfüllen können und die Zahl der zu fütternden Mäuler reduzieren müssen.

„Wir müssen – auch in den Medien – das Klima neu verstehen als verbindendes Element, das alle Bereiche unseres Lebens durchdringt.“

In Mosambik, im südlichen Afrika, sind die Gemeinschaften in ständiger Alarmbereitschaft, aus Furcht vor dem nächsten Zyklon. Sie sind erschöpft von der Aussicht, nach jedem Wirbelsturm wieder von vorn beginnen zu müssen – ohne angemessene Unterkünfte, ohne genügend Nahrungsmittel, ohne Systeme, die sie dabei unterstützen, wieder auf die Beine zu kommen, und ohne die Infrastruktur, um sich auf das nächste Mal vorzubereiten.

Die Gemeinschaften, deren Leben von Extremwetterereignissen geprägt ist, sind sich des Klimawandels sehr wohl bewusst. Doch oft haben sie keine Plattform, um sich zu äußern, ihre Geschichten zu erzählen und mitzentscheiden.

Zugleich schenken viele Menschen in reicheren Teilen der Welt dem Klimawandel offenbar nur dann ungeteilte und längerfristige Aufmerksamkeit, wenn sie selbst direkt von Katastrophen betroffen sind oder wenn steigende Lebensmittelpreise oder störende Aktionen junger Menschen ihren Alltag beeinträchtigen. Solche Meldungen finden schnell ein Forum, und es wird weltweit berichtet – zumindest bis zur nächsten politischen Nachricht.

Was alle Menschen auf der ganzen Welt verstehen müssen, ist, dass ihr eigenes Leben mit dem der Menschen in Mosambik oder am Horn von Afrika untrennbar verbunden ist. Die Klimafolgen werden uns alle betreffen, entweder direkt in Form von extremen Wetterereignissen und Naturkatastrophen oder indirekt, wenn ganze Weltregionen unbewohnbar werden und ihre Bewohner\*innen anderswo Zuflucht suchen.

Aber weshalb sollten wir uns zurücklehnen und abwarten, bis es so weit ist? Mehr denn je müssen wir Institutionen, Regierungen und Großkonzerne in die Pflicht nehmen. In diesem Jahr werden die 195 Unterzeichnerstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) ihre neuen, national festgelegten Beiträge (Nationally Determined Contributions) vorlegen, und diese müssen ambitioniert sein. Im Laufe der Jahre sind lokale Gemeinschaften aktiv geworden, um ihre Situation anzugehen. Die Gelder müssen daher in Ansätze fließen, die ihren Realitäten am besten entsprechen.

### EIN VERBINDENDEN ELEMENT

Es ist immens wichtig, dass wir dem Klimaschutz als Querschnittsthema weiterhin Priorität einräumen. Letztlich hängen wir alle von einem lebensfähigen Planeten ab – auf dem alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser und Lebensmitteln haben, auf dem gefährdete Gemeinschaften sicher und Kinder gesund sind, auf dem Unternehmen florieren und der Lebensunterhalt für heutige und künftige Generationen gesichert ist.

Um den Menschen den Klimawandel wieder nahezubringen, müssen wir – auch in den Medien – das Klima neu verstehen als verbindendes Element, das alle Bereiche unseres Lebens durchdringt, und es bei allem, was wir tun, berücksichtigt.

Wir haben das Glück, in einer Zeit zu leben, in der sich die digitale Welt ständig weiterentwickelt und es uns leicht macht, auf Online-Plattformen über geografische Grenzen hinweg Gemeinschaften zu bilden und Solidarität zu schaffen für das, was uns alle verbindet: die Folgen des Klimawandels, so unterschiedlich sie sich in unseren verschiedenen Kontexten auch zeigen mögen.

Diese Solidarität wird uns helfen, den notwendigen politischen und zivilgesellschaftlichen Druck aufrechtzuerhalten, um Veränderungen herbeizuführen. Die Erde ist unsere gemeinsame Verantwortung, und wir müssen in unseren unterschiedlichen Rollen und Umständen dazu beitragen, das zu schützen, was uns alle erhält.



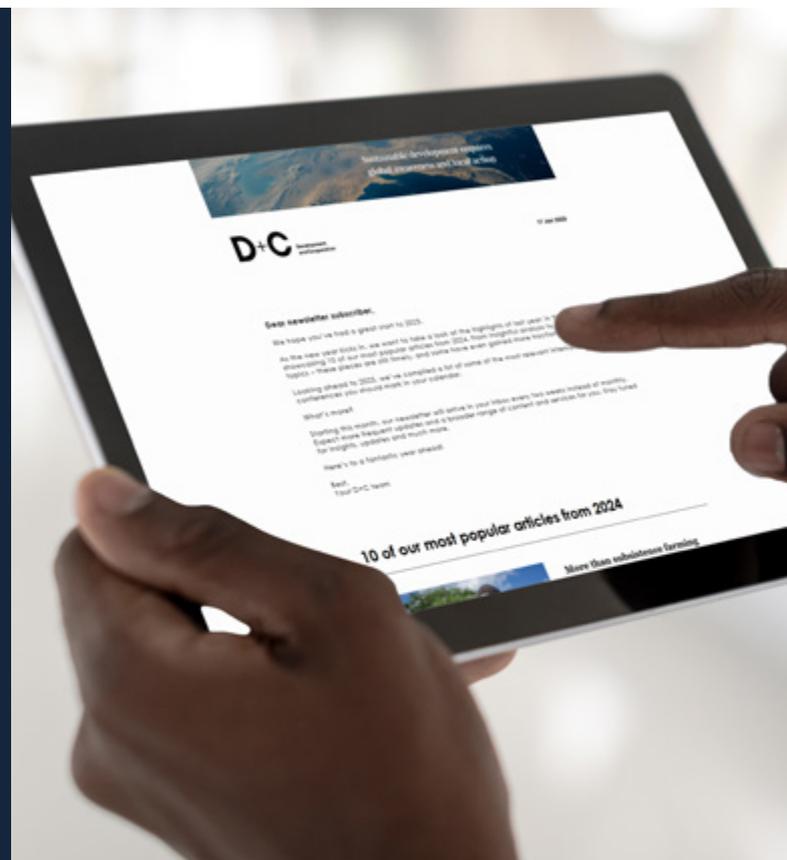
#### ABIGAEEL KIMA

ist eine kenianische Klimaaktivistin sowie Host und Produzentin des Hali Hewa Podcasts. Sie arbeitet bei HIVOS als Project Officer für das Voices for Just Climate Action Programme.

[abigaelkima@gmail.com](mailto:abigaelkima@gmail.com)

# Abonnieren Sie den E+Z-Newsletter!

Unser 14-tägiger Newsletter bringt Neuigkeiten, Analysen, vernachlässigte Stories und wichtige Termine der globalen entwicklungspolitischen Community direkt in Ihr Postfach. Abonnieren Sie in wenigen Schritten die deutsche Version oder die englische.





Klimaprotest in Berlin.

MEDIEN

# Die stille Mehrheit muss laut werden

*Eine neue globale Studie zeigt: Die überwältigende Mehrheit der Menschen wünscht sich mehr Klimaschutz. Doch viele unterschätzen, wie verbreitet diese Haltung ist. Das 89 Percent Project will das ändern – E+Z ist Teil dieser Initiative.*

---

VON KATHARINA WILHELM OTIENO

**E**in riesiger Teil der Menschheit – 89 % – wünscht sich von seinen Regierungen mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel. Mehr als zwei Drittel wären sogar bereit, ein Prozent ihres Einkommens abzugeben, um die Klimakrise zu bekämpfen. Diese Erkenntnisse stammen aus einer Studie der Universität Bonn, in der 130.000 Menschen aus 125 Ländern befragt wurden.

Menschen in China machten sich mit am meisten Sorgen: 97 % gaben an, ihre Regierung müsse mehr im Kampf gegen den Klimawandel tun. Selbst in den USA waren es drei Viertel der Befragten, die von der Regierung mehr erwarteten – und fast die Hälfte würde auch dort einen kleinen Teil ihres Einkommens für den Klimaschutz abgeben.

Wenig überraschend ist, dass diejenigen, deren Länder die Auswirkungen der Klimakrise bereits deutlich spüren, sich am stärksten für mehr Maßnahmen aussprechen. Erstaunlicher ist, dass Befragte in reichen Ländern wesentlich weniger häufig bereit waren, ein Prozent ihres Einkommens für Klimaschutz abzugeben.

Die Studie wurde im April 2025 in der Fachzeitschrift Nature Climate Change veröffentlicht. Ihre Ergebnisse bestätigen mit bemerkenswerter Eindeutigkeit, was bereits frühere Studien nahelegten: Beispielsweise nahmen an einer UN-Umfrage 2024 etwa 75.000 Menschen teil – in Ländern, die 90 % der Weltbevölkerung repräsentieren. Dabei gaben 80 % an, dass sie sich eine Verschärfung der Klima-

schutzverpflichtungen ihres Landes wünschten. Für eine Umfrage des Yale Program on Climate Change Communication sollten 2023 140.000 Menschen in 187 Ländern angeben, wie hoch die Priorität des Klimawandels für die Regierung ihres Landes sein sollte. 89% meinten „sehr hoch“, „hoch“ oder „mittel“.

### GRAVIERENDE WAHRNEHMUNGSLÜCKE

Wenn aber fast alle Menschen auf der Welt der Meinung sind, Klimaschutz brauche höhere Priorität – weshalb übersetzt sich diese Einstellung dann nicht stärker in konkretes politisches Handeln? Immerhin befinden wir uns auf dem besten Weg, das 1,5-Grad-Ziel weit zu verfehlen, und Extremwetterereignisse wie Dürren, Fluten und Waldbrände häufen sich.

Eine mögliche Antwort darauf liefert die Bonner Studie gleich mit: Die meisten Menschen unterschätzen enorm, wie sehr andere Klimaschutz tatsächlich unterstützen. Der Durchschnitt der 89% der Klimaschutzbefürwortenden glaubte, nur etwa 43% ihrer Mitmenschen seien ebenfalls ihrer Meinung.

Diese Wahrnehmungsverzerrung hat gravierende Auswirkungen. Wer glaubt, mit seiner Haltung allein zu sein, neigt eher dazu, zu schweigen – selbst dann, wenn die eigene Meinung mehrheitsfähig ist. Das führt dazu, dass öffentliche Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen unterschätzt wird und politischer Druck ausbleibt. Umweltpsycholog\*innen sprechen von einer „Spirale des Schweigens“.

Die Bonner Forschergruppe zeigte durch ein Experiment in den USA, das ebenfalls in die Studie einfließt: Wenn Menschen erfahren, dass die Mehrheit in ihrem Land tatsächlich Klimaschutz befürwortet, steigt ihre Bereitschaft, sich zu engagieren – etwa durch Spenden oder politische Beteiligung. Menschliches Handeln ist also auch beim Klimaschutz abhängig von Informationen darüber, wie andere Menschen handeln. Teodora Boneva, eine Autorin der Bonner Studie, zog im Guardian folgende Analogie: Wenn jeder in einer WG sein schmutziges Geschirr spült, macht man es am Ende auch selbst. Lassen die anderen alles liegen, ist es einem selbst auch irgendwann egal.

Fachleute sind sich sicher: Eines der effektivsten Werkzeuge im Kampf gegen die Klimakrise ist gezielte Kommunikation, die die bestehenden Wahrnehmungslücken überwindet. Das Problem ist, dass die elf Prozent der Weltbevölkerung, die sich gegen Klimaschutz aussprechen, wesentlich lauter sind und die öffentliche Meinung dominieren. Dadurch verstärkt diese Minderheit ihre Stimme um ein Vielfaches und erweckt den Eindruck, viel größer zu sein.

### DIE STILLE MEHRHEIT AKTIVIEREN

Genau hier setzt das 89 Percent Project an. Es wurde ins Leben gerufen, um die Lücke zwischen Wahrnehmung und Realität zu schließen. Die Initiative ist Teil des internationalen Mediennetzwerks Covering Climate Now und will dazu beitragen, die „stille Mehrheit“ sichtbar zu machen. Ziel ist es, durch fundierte, datenbasierte Berichterstattung das öffentliche Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Klimaschutz längst nicht nur Thema von suppowerfendenden Umweltaktivist\*innen ist – sondern ein Anliegen der breiten Bevölkerung in allen Weltregionen.

## „Klimaschutz ist global mehrheitsfähig.“

Covering Climate Now (CCNow) wurde 2019 vom Columbia Journalism Review und der US-Zeitschrift The Nation gegründet, in Zusammenarbeit mit dem Guardian und dem US-Radiosender WNYC. Heute umfasst das Netzwerk mehr als 500 Medienpartner in über 60 Ländern, von großen Nachrichtenportalen bis hin zu lokalen Community-Medien. Auch E+Z ist seit diesem Jahr CCNow-Medienpartner. Das Ziel: Die Klimakrise soll nicht in einem bestimmten Silo behandelt werden, sondern umfassend, zugänglich und kontinuierlich – um das Publikum nachhaltig zu aktivieren. Dafür bietet das Netzwerk redaktionelle Ressourcen, Fortbildungen, gemeinsame Berichtsprojekte und Plattformen für journalistischen Austausch.

Die zentrale Botschaft des 89 Percent Project ist klar: Klimaschutz ist global mehrheitsfähig. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Mehrheit sichtbar zu machen, damit sie politisch wirksam werden kann. Dabei kommt den Medien eine entscheidende Rolle zu. Wer erzählt, dass wir nicht allein sind mit unserer Sorge um unser Leben auf einem immer wärmeren Planeten, stärkt das Vertrauen in kollektives Handeln. Und dieses Vertrauen ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dieses Leben zu erhalten.

### LINK

[89percent.org](https://89percent.org)



#### KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z und arbeitet zeitweise in Nairobi.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

HITZE

# Der Teufelskreis der Vernachlässigung

*Südsudan musste im zweiten Jahr in Folge die Schulen schließen. Die Temperaturen stiegen auf bis zu 45 Grad Celsius, und in den ohnehin überfüllten Klassenzimmern konnte kein Unterricht mehr stattfinden. Es braucht solch deutlich sichtbare Folgen des Klimawandels, um die Menschen in dem krisengeschüttelten Land für das Problem zu sensibilisieren.*

---

VON ALBA NAKUWA

**S**üdsudan hat seit Jahren mit äußerst wechselhaften Wetterbedingungen zu kämpfen. Wegen Extremwetters mussten im zweiten Jahr in Folge die Schulen vorübergehend geschlossen werden. Im März 2024 und im Februar dieses Jahres schloss die südsudanesische Regierung landesweit alle Schulen für mehr als zwei Wochen, sodass Zehntausende von Schüler\*innen zu Hause bleiben mussten.

Diese Entscheidung war notwendig, um die Schüler\*innen vor Hitzewellen mit Temperaturen von bis zu 45 Grad Celsius zu schützen. Es waren unter anderem Berichte von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Save the Children über Schüler\*innen, die in Schulen in der Hauptstadt Juba zusammenbrachen, die die Regierung zum Handeln veranlassten.

Das Land ist besonders anfällig für die Folgen der Klimakrise und von Extremwetter. Die Regenzeiten von Mai bis Juli werden immer intensiver, wodurch es zu Überschwemmungen kommt. Darauf folgen lange Trockenperioden mit schweren Hitzewellen von November bis März.

Die extremen Witterungsbedingungen haben Lebensgrundlagen zerstört, Gemeinschaften vertrieben und bestehende Ungleichheiten sowie Konflikte verschärft. Im

Vergleich zu anderen Problemen, die das Land plagen, beachten die südsudanesische Bevölkerung und die Medien den Klimawandel jedoch kaum.

Sie beschäftigen sich vor allem nach wie vor damit, die Folgen des langjährigen Bürgerkriegs und der ethnischen Konflikte zu bewältigen, die derzeit wieder aufflammen und den fragilen Frieden im Land gefährden. Besonders die weitverbreitete Armut und Regierungsprobleme stehen im Fokus der Öffentlichkeit. Klimabedingte Herausforderungen werden damit wenig thematisiert oder priorisiert.

„Im Februar und März wird es in den Klassenzimmern unerträglich heiß.“

Erst wenn Klimaereignisse so extrem werden, dass beispielsweise Kinder wochenlang nicht zur Schule gehen können, beginnen sich Öffentlichkeit und Regierung zu sorgen. Unter anderem veranlassten die Schulschließungen im Februar Präsident Salva Kiir, im März den Exekutiv-



**Hitzewelle im Februar:  
Schulkinder trinken  
Wasser in Nzara,  
im Süden des Landes.**

direktor des Green Climate Fund (GCF) einzuladen. Es war die erste Delegation des GCF im Südsudan überhaupt. Der GCF wird von den UN unterstützt und hilft Ländern mit geringen Einkommen, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren und sich an den Klimawandel anzupassen.

### **FEHLENDER ÖFFENTLICHER DRUCK FÜHRT ZU SCHWACHER REGIERUNGSFÜHRUNG**

Fest steht, dass eine schwache Regierungsführung und unzureichende politische Maßnahmen die Fähigkeit des Landes, sich an den Klimawandel anzupassen, untergraben. Zugleich neigt die Regierung mangels öffentlichen Drucks dazu, das Thema ans Ende ihrer Agenda zu schieben. Ohnehin war sie zuletzt ziemlich damit beschäftigt, das Land wieder an den Rand eines Krieges zu manövrieren – durch einen eskalierenden Konflikt zwischen Präsident Kiir und Vizepräsident Riek Machar und deren jeweiliger Anhängerschaft.

Dieser „Teufelskreis der Vernachlässigung“ spiegelt sich im Mangel an Ansätzen zur Anpassung, wie sich an den Schulschließungen zeigt. Vielen Sekundar- und Grundschulen fehlt die notwendige Infrastruktur. Sie sind den Problemen nicht gewachsen, die extreme Wetterereignisse mit sich bringen. Die meisten Schulen bestehen aus Wellblech, haben keinen Strom und sind ohnehin oft zu klein, um viele Schüler\*innen aufzunehmen. Im Februar und März wird es in den Klassenzimmern unerträglich heiß.

Die Alphabetisierungsrate liegt im Südsudan bei nur 34 % und ist damit eine der niedrigsten der Welt. Es wird versucht, dagegen anzugehen, aber natürlich sind wiederholte lange Unterbrechungen des Schulunterrichts wenig hilfreich.

Eine Lösung könnte sein, den Schulkalender anzupassen. Das Bildungsministerium könnte etwa zwei Schulsemester statt drei einführen. Um sich den klimatischen Bedingungen anzupassen und weitere Unterrichtsunterbrechungen zu vermeiden, blieben die Schulen dann von Januar bis März geschlossen. Viele Lehrkräfte und bildungspolitisch Verantwortliche fordern dies bereits.

Es müssten zudem mehr Mittel bereitgestellt werden, um die Belüftung der Schulen zu verbessern. Klimaanlage sind kaum geeignet, da sie viel Energie verbrauchen und zur Luftverschmutzung beitragen. Was es stattdessen braucht, sind hitzeresistente Baumaterialien und architektonische Lösungen.

Doch all dies erfordert Aufmerksamkeit, die nicht nachlässt, sobald die Temperaturen wieder sinken oder die nächste Welle ethnischer Gewalt in einer Region ausbricht. Das ist nicht einfach, denn die Probleme, die in Südsudan – und an vielen anderen Orten der Welt – um Aufmerksamkeit konkurrieren, sind gewaltig. Allerdings wird der Klimawandel letztendlich alle anderen Probleme überschatten oder verschärfen. Zivilgesellschaft und Medien tragen Verantwortung dafür, das Thema im öffentlichen Bewusstsein zu halten.



#### **ALBA NAKUWA**

ist eine freie Journalistin aus Südsudan. Sie lebt in Nairobi.

[albanakwa@gmail.com](mailto:albanakwa@gmail.com)

ANPASSUNG

# Trotz Katastrophe kein Klimaschutz

*Pakistan war in den vergangenen Jahren stark von Extremwetterereignissen betroffen. Fachleute fordern die politisch Verantwortlichen auf, bereits bestehende Ansätze zum Schutz gefährdeter Bevölkerungsgruppen umzusetzen. Sie kritisieren, dass die Bevölkerung sich wenig für Klimapolitik interessiert – obwohl sie verheerende Katastrophen erlebt hat.*

---

VON SYED MUHAMMAD ABUBAKAR

Die Überflutungen des Jahres 2022 gelten als die schlimmsten in der Geschichte Pakistans.



**I**m Jahr 2022 war Pakistan das weltweit am stärksten von klimabedingtem Extremwetter betroffene Land. Das geht aus dem aktuellen Klima-Risiko-Index (CRI) hervor, den die deutsche zivilgesellschaftliche Organisation Germanwatch veröffentlicht hat. Für den Index wurden mehr als 170 Länder weltweit untersucht. Pakistan führt die Liste vor allem wegen seiner „außergewöhnlich hohen relativen wirtschaftlichen Verluste“ an. Germanwatch räumt jedoch ein, dass die wirtschaftlichen Verluste des Landes auch in absoluten Zahlen hoch waren – ebenso wie die Anzahl der betroffenen Menschen.

2022 gab es in Pakistan Überschwemmungen, Erdbeben und Stürme, verursacht durch eine schwere Monsunzeit mit sintflutartigem Sturzregen. Die Überschwemmungen gelten als die schlimmsten in der Geschichte des Landes. Sie betrafen mehr als 33 Millionen Menschen, kosteten über 1700 Menschen das Leben und verursachten wirtschaftliche Schäden von fast 15 Milliarden Dollar, wie Germanwatch unter Berufung auf Daten des Centre for Research on the Epidemiology of Disasters berichtet. Nach den Überschwemmungen fehlte es an Trinkwasser, durch Wasser übertragene Krankheiten nahmen zu, es kam zu Malaria-Ausbrüchen und Hautinfektionen.

„Einige Fachleute raten Entwicklungsländern wie Pakistan jedoch, bei der Bewältigung der Klimafolgen nicht zu viel Hilfe von reicheren Ländern zu erwarten.“

Laut Forschenden, die Extremwetterereignisse und Klimawandel miteinander in Verbindung bringen, zeigen die meisten Modelle und Beobachtungen, dass mit der Erwärmung Pakistans der intensive Regen stärker geworden ist. Einige Modelle legen demnach nahe, dass sich die maximale Niederschlagsstärke in den am stärksten betroffenen Provinzen Sindh und Belutschistan durch den Klimawandel um bis zu 50% erhöht haben könnte. Dem pakistanischen Wetterdienst zufolge gab es 2022 den feuchtesten August seit 1961 – mit 243% mehr Niederschlag als üblich.

Neben den verheerenden Regenfällen herrschte in Pakistan von März bis Mai 2022 auch große Hitze. In einigen Teilen des Landes stiegen die Temperaturen auf über 49 Grad Celsius. Die Hitzewelle „führte zu einer raschen Gletscherschmelze in Nordpakistan, was wahrscheinlich zu den Überschwemmungen beitrug“, sagt Sher Muhammad, Kryosphärenspezialist am International Centre for Integrated Mountain Development (ICIMOD). Forschenden zufolge hat der Klimawandel auch die Hitzewelle wahrscheinlicher gemacht.

#### **EIGENVERANTWORTUNG STATT SCHULDZUWEISUNG AN DEN WESTEN**

Angesichts solch verheerender Extremwetterereignisse verweisen manche in Pakistan darauf, dass die Bevölkerung wenig zur Klimakrise beigetragen hat, aber enorm unter ihren Folgen leidet. Sie argumentieren, die westlichen Industrieländer und China hätten einen bedeutenden Anteil der weltweiten Klimaemissionen verursacht und seien somit für die durch die Erderwärmung verursachten Schäden verantwortlich – auch in Pakistan.

Faktisch ist das richtig. Einige Fachleute raten Entwicklungsländern wie Pakistan jedoch, bei der Bewältigung der Klimafolgen nicht zu viel Hilfe von reicheren Ländern zu erwarten. Einer von ihnen ist Tariq Banuri, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Utah, USA, und Mitglied des Pakistan Climate Change Council. „Medien und politisch Verantwortliche nutzen diese Berichte gerne, um die Vulnerabilität des Landes zu beklagen und dem Westen die Schuld dafür zu geben, dass er nicht die dringend benötigte Hilfe für die Anpassung an den Klimawandel und zur Entschädigung für Schäden leistet. Diese Strategie war aber noch nie erfolgreich, und durch die jüngsten Ereignisse ist sie noch sinnloser geworden“, sagt er.

Banuri verweist darauf, dass es politisch in den vergangenen Jahren weltweit eine Verschiebung nach rechts, sogar weit nach rechts, gegeben hat – besonders in den westlichen Ländern. Das ging seiner Meinung nach mit weltpolitischen Veränderungen einher, inklusive des Abbaus des internationalen Hilfsystems und wachsendem Isolationismus. „Eigenständigkeit ist wieder zur besten Strategie für ärmere Länder geworden“, schlussfolgert er. „Die Auflösung von USAID ist als Höhepunkt einer langen Periode der Unzufriedenheit der Rechten mit den internationalen Verpflichtungen zu sehen. Auch einige weitere Geberländer haben die Absicht bekundet, ihre Hilfen zurückzufahren.“

Da die Klimakrise für lange Zeit eine Realität sein wird – unabhängig davon, wie die Weltgemeinschaft damit umgeht – sollten die armen Länder herausfinden, „wie sie mit

dem Klimawandel leben und in einer vom Klimawandel geprägten Welt vorankommen können“, argumentiert Banuri.

### BESSER VORBEREITET SEIN

Damit ein Land erfolgreich sein kann, muss es jedoch die schlimmsten Klimafolgen abwehren. Für Pakistan bedeutet das, eine bessere Vorbereitung auf Katastrophen sicherzustellen als 2022. „Es hätte weniger Schäden geben können, wenn der (nationale) Hochwasserschutzplan IV rechtzeitig entwickelt und umgesetzt worden wäre“, sagt Aisha Khan. Sie ist Geschäftsführerin der Civil Society Coalition for Climate Change (CSCCC), eines pakistanischen Zusammenschlusses von Organisationen, die sich für Klimaschutz einsetzen. Zugleich räumt sie ein, dass niemand perfekt auf etwas vorbereitet sein kann, „was nicht quantifizierbar ist und um zwei- bis dreihundert Prozent über den Prognosen liegt“.

Khan schlägt vor, dass Pakistan mehrere politische Maßnahmen umsetzen sollte, um sich besser an den Klimawandel anzupassen. Das Land habe zwar einen nationalen Anpassungsplan entwickelt, doch es fehle das Geld, um ihn umzusetzen, beklagt sie. „Da die Hauptverantwortung für die Anpassung bei den Provinzen liegt, ist es wichtig, eng mit den Provinzregierungen zusammenzuarbeiten und ihnen zu helfen, detaillierte Anpassungspläne für die Provinzen zu entwickeln“, sagt Khan.

Aisha Khan hält es zwar für eine „gute Verhandlungsstrategie“, zu untersuchen, inwiefern Verluste und Schäden durch den Klimawandel bedingt sind, Klimagerechtigkeit zu fordern und auf externe Gelder zu bauen. Aber sie betont auch, dass das die humanitäre Krise des Landes nicht direkt lösen wird. „Pakistan muss anfangen, die Strategien umzusetzen, die es für Wasser, Nahrungsmittel und Energie entwickelt hat“, sagt sie. Sie fordert die politisch Verantwortlichen zudem auf, etwas zu tun, um das derzeitige Bevölkerungswachstum zu verringern, Frauen zu stärken und den Zugang zu Dienstleistungen gerechter zu gestalten. „Die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden explodieren, wenn die Gefahren des Klimawandels das Überleben der Mehrheit bedrohen“, warnt sie.

### DRUCK AUF POLITISCH VERANTWORTLICHE

Maßnahmen zum Klimaschutz wurden auch deshalb noch nicht effektiver umgesetzt, weil die Bevölkerung offenbar anderes für wichtiger hält. Aisha Khan kritisiert diese Haltung. „Das allgemeine Bewusstsein für den Klimawandel hat in den vergangenen zehn Jahren zwar zugenommen, allerdings machen die Massen in Pakistan den politisch Verantwortlichen nicht genug Druck, die existierenden Ansätze umzusetzen. Diese Diskrepanz liegt vor allem an ei-

nem geringen Interesse an Umweltthemen und einem großen Interesse an Politik, politischen Parteien und deren Rivalitätsagenden. Auch die Medien widmen dem Klima keine Hauptsendezeit, da das Thema die Zuschauerschaft kaum interessiert“, sagt sie.

Man könnte Menschen mehr für Klima- und Umweltthemen begeistern, indem man sie ansprechender präsentiert. „Engagement für Klimaschutz braucht natürlich eine Strategie, die die Menschen anspricht und nicht nur technische Daten und Informationen übermittelt“, sagt Khan.

Der Beginn der Monsunzeit 2025 ist eine deutliche Erinnerung an die pakistanische Führung, zügig Ressourcen für mehr Klimaschutz auf nationaler Ebene und in den Provinzen zu mobilisieren. Gefährdete Bevölkerungsgruppen sollten geschützt und die Infrastruktur gegen Klimafolgen gerüstet werden. Selbst wenn Pakistan Katastrophen wie die von 2022 nicht verhindern kann, müssen die politisch Verantwortlichen zumindest dafür sorgen, den Schaden zu minimieren.

### LINKS

Germanwatch: Climate Risk Index 2025.

[germanwatch.org/de/cr](https://germanwatch.org/de/cr)

World Weather Attribution, 2022: Climate change likely increased extreme monsoon rainfall, flooding highly vulnerable communities in Pakistan.

[worldweatherattribution.org/climate-change-likely-increased-extreme-monsoon-rainfall-flooding-highly-vulnerable-communities-in-pakistan/](https://worldweatherattribution.org/climate-change-likely-increased-extreme-monsoon-rainfall-flooding-highly-vulnerable-communities-in-pakistan/)



### SYED MUHAMMAD ABUBAKAR

ist Umweltjournalist in Pakistan. Er promoviert derzeit in Kommunikation an der George Mason University, USA.

[s.m.abubakar@hotmail.com](mailto:s.m.abubakar@hotmail.com)

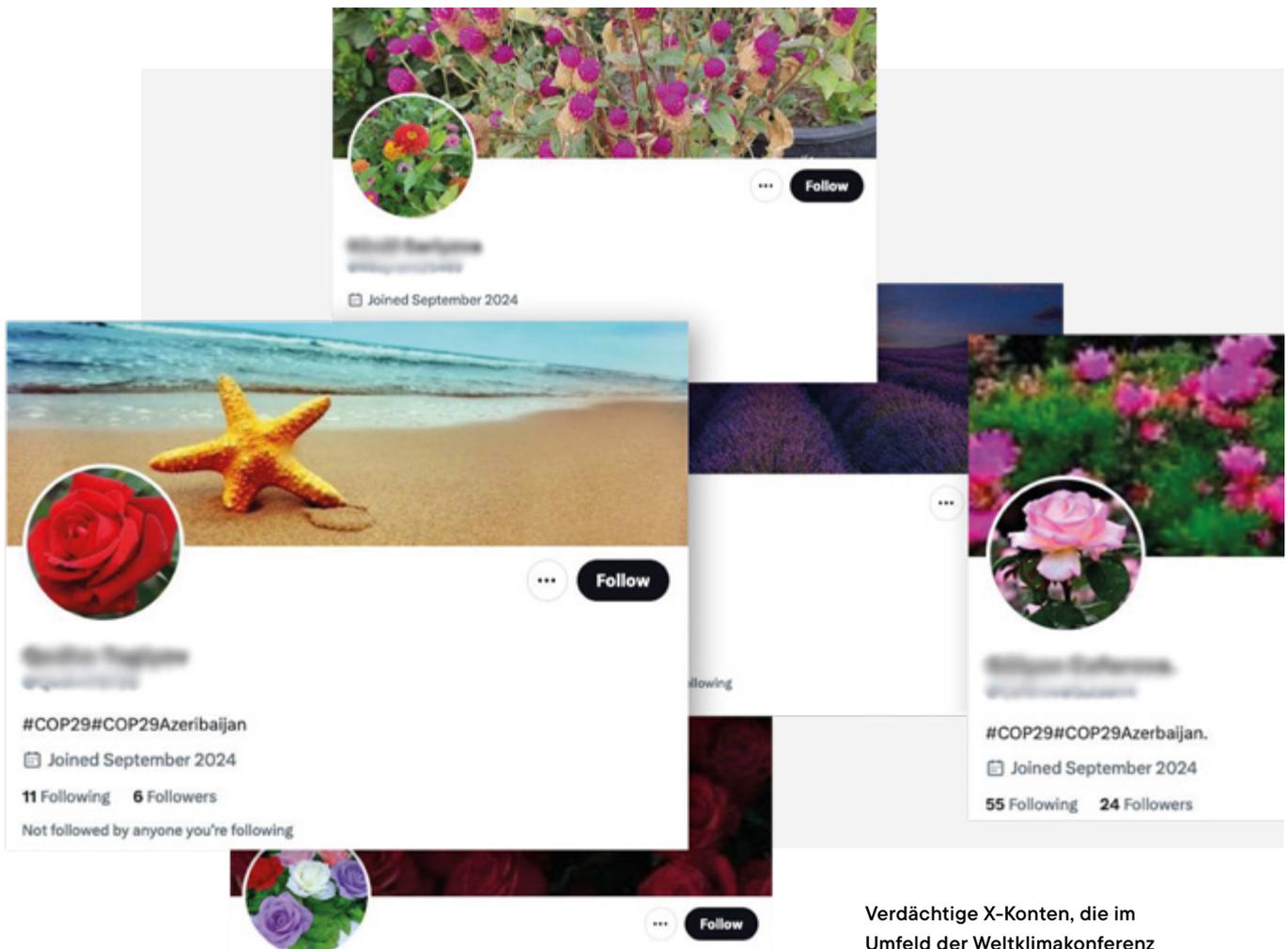
X: [SyedMAbubakar](#)

INVESTIGATIVE RECHERCHE

# Das lukrative Geschäft mit Klimadesinformation

*In einer Welt, in der extreme Wetterereignisse immer häufiger und heftiger auftreten, wirkt es zunehmend unglaublich, die Erderwärmung geradeheraus zu leugnen. Wer Klimaschutz ausbremsen will, hat seine Strategie daher angepasst. Klimadesinformation besteht heutzutage aus einem komplexen Zusammenspiel von unter anderem Falschbehauptungen, gezielter Belästigung und KI-gestütztem Greenwashing. Diese gefährliche Mischung erschwert effektiven Klimaschutz und öffentliche Aufklärung massiv.*

VON AVA LEE



Credit: Global Witness

Verdächtige X-Konten, die im Umfeld der Weltklimakonferenz in Baku 2024 aktiv wurden.

**D**ie meisten denken bei Klimadesinformation als Erstes an die komplette Leugnung, dass der Klimawandel existiert oder Menschen ihn verursacht haben. Das gibt es zwar so auch noch, doch ist das Phänomen mittlerweile wesentlich vielschichtiger, wie Recherchen der investigativ arbeitenden Menschenrechtsorganisation Global Witness zeigen.

Unser Team „Digital Threats to Democracy“ untersucht, wie Social-Media-Unternehmen mit Desinformation, Hassrede und anderen problematischen Entwicklungen umgehen. Global Witness setzt dabei auf unterschiedliche Methoden – von verdeckten und datenbasierten Recherchen über klassische Follow-the-Money-Ansätze bis hin zu digitalen Analysen. Im vergangenen Jahr haben wir eine eigene Abteilung eingerichtet, die sich gezielt mit Klimadesinformation auf großen Social-Media-Plattformen wie TikTok, YouTube, Facebook, Instagram und X beschäftigt. Unsere Erkenntnis: Neue Formen der Desinformation gehen weit über die klassische Leugnung hinaus und reichen von KI-gestütztem Greenwashing großer Unternehmen bis hin zu gezielter Hetze gegen Klimaschützer\*innen.

### **KLIMADESINFORMATION HAT VIELE GESICHTER**

Moderne Klimadesinformation tritt häufig in Form von Ablenkungs- und Verzögerungstaktiken auf. Sie gesteht zwar ein, dass der Klimawandel real ist, behauptet jedoch, andere Probleme seien vordringlicher. Ein gängiges Argument: Klimaneutralität sei schlicht zu teuer.

Greenwashing ist ein zentrales Element solcher Strategien. Unternehmen aus dem fossilen Sektor und andere große Umweltverschmutzer stellen gezielt kleine, auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Geschäftsbereiche in den Vordergrund, verschleiern aber ökologische Schäden, die ihre Haupttätigkeit verursacht.

„Untersuchungen zeigen: Inhalte, die Wut oder Empörung hervorrufen, erzielen das meiste Engagement. Und Desinformation und Verschwörungserzählungen triggern solche emotionalen Reaktionen sehr effektiv.“

Besonders beunruhigend ist eine vielleicht weniger offensichtliche Form der Desinformation: Auf Social Media beobachten wir gezielte Belästigungen und Hasspostings gegen Klimawissenschaftler\*innen, Aktivist\*innen und Umweltschützer\*innen. Sie sollen mundtot gemacht werden – dabei sind es gerade ihre Stimmen, die wir dringend brauchen.

### **DIE KOMPLEXE ROLLE VON KI BEI KLIMADESINFORMATION**

Viele Tech-Plattformen integrieren vermehrt generative künstliche Intelligenz (KI) in Suchfunktionen und Messaging-Dienste. Diese Tools breiten sich immer mehr aus und beeinflussen den Zugang zu Informationen über den Klimawandel. Unsere Recherchen zeigen: KI spielt schon heute eine Rolle bei der Verbreitung von Klimadesinformation – wenn auch anders, als zunächst angenommen.

Unsere „Climate Disinformation Unit“ hat untersucht, wie vier große Chatbots – ChatGPT von OpenAI, Grok von X, Gemini von Google und Meta AI – auf klimabezogene Fragen reagieren. Keiner der Chatbots leugnete den Klimawandel direkt. Doch manche verbreiteten Greenwashing, besonders, wenn wir sie gezielt nach spezifischen Öl- und Gasunternehmen fragten. Sie zitierten häufig direkt von den Webseiten und aus den Pressemitteilungen dieser Firmen und verliehen der Firmenkommunikation so einen scheinbar neutralen und vertrauenswürdigen Anstrich.

So bezeichnete Meta AI die „Verpflichtung gegenüber Nachhaltigkeit“ des französischen Konzerns TotalEnergies als „evident“. In einem anderen Fall erklärte die KI, BP sei „auf dem Weg, der Welt zu helfen, Netto-Null zu erreichen“. Dagegen zeigte sich Grok von X im „Fun“-Modus kritisch: Die Rolle von Shell auf Klimakonferenzen sei „ein bisschen so, als würde man Dracula zu einer Blutspende einladen“.

Da diese Systeme immer größere Teile der Online-Welt filtern, ist es entscheidend, sicherzustellen, dass generative KI-Tools Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen bieten. Investigative Recherchen sind ein wichtiges Mittel, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen.

### **KLIMALEUGNUNG ALS PROFITABLES GESCHÄFTSMODELL**

Das Geschäftsmodell großer Tech-Plattformen führt dazu, dass man mit Klimadesinformation gutes Geld verdienen kann. Es basiert auf Engagement: Klicks, Likes, Kommentare und Views sind die harte Währung des Internets. Je länger Menschen online bleiben, desto mehr Werbung kann ihnen angezeigt werden – davon profitieren Plattformen wie YouTube, Facebook, Instagram und TikTok. Gleichzeitig beteiligen sie Influencer\*innen an den Werbeeinnahmen,

um noch mehr Inhalte und Engagement zu erzielen. Untersuchungen zeigen: Inhalte, die Wut oder Empörung hervorrufen, erzielen das meiste Engagement. Und Desinformation sowie Verschwörungserzählungen triggern solche emotionalen Reaktionen sehr effektiv.

Unsere Recherchen zeigen, dass eine bekannte Quelle von Desinformation dieses System ausnutzte und damit sich selbst und den Plattformen enorme Gewinne bescherte: Die Epoch Times, gegründet als alternatives Medium von Anhänger\*innen der religiösen Bewegung Falun Gong, bietet seit der Jahrtausendwende Klimawandel-leugner\*innen und rechtsextremen Ansichten eine Plattform. Die New York Times bezeichnete die Plattform einmal als „globale Falschinformationsmaschine“. Trotzdem profitiert die Organisation weiterhin vom digitalen Werbemarkt.

Laut unseren Schätzungen erzielten allein Google-Anzeigen auf den Webseiten der Epoch Times innerhalb nur eines Jahres etwa 960.000 Dollar für die Epoch Times und 450.000 Dollar für Google selbst. Tech-Plattformen schaffen also finanzielle Anreize, um emotionale Inhalte zu verbreiten – und nicht informative. Klimavorschriften stoßen zunehmend auf Widerstand, während Faktencheck-Programme zurückgefahren werden. In dieser Gemengelage ist damit zu rechnen, dass Desinformation künftig weiter zunehmen wird.

### KLIMASCHÜTZER\*INNEN WERDEN ZUR ZIELSCHEIBE

Zunehmend richtet sich Klimadesinformation direkt gegen jene, die sich für Umwelt- und Klimaschutz engagieren. Eine unserer Umfragen in Zusammenarbeit mit YouGov ergab: Rund die Hälfte der Wissenschaftler\*innen, die mehr als zehn Veröffentlichungen zu Klimathemen publiziert hatten, wurde online angefeindet. Die Angriffe enthalten teils Drohungen, sind oft genderbezogen und haben gravierende Folgen für die psychische Gesundheit. Letztendlich entmutigen sie die Forschenden, sich zu ihrer Arbeit und zum Klimaschutz zu äußern. Das erleichtert es Interessengruppen, dringend nötige Klimaschutzmaßnahmen zu verzögern.

Vor der Weltklimakonferenz COP29 im vergangenen November deckte unsere „Climate Disinformation Unit“ einen weiteren Ansatz auf, um Kritik zu übertönen. Im Vorfeld der jährlichen Klimakonferenz beobachtete unser Team die offiziellen COP29-Hashtags auf X. Die Konferenz fand in Baku in Aserbaidschan statt, einem Ölstaat mit schrecklicher Menschenrechtssituation. Anfangs gab es viel Skepsis und Kritik – zu Recht: Nur wenige Tage vor Beginn der Konferenz wurde der COP29-Präsident im Rahmen einer weiteren investigativen Recherche unserer Kampagne gegen fossile Brennstoffe dabei gefilmt, wie er Unterstützung beim Aushandeln von Geschäften mit fossilen Brennstoffen anbot.

Als die Konferenz näher rückte, bemerkte unser Team eine Veränderung im Diskurs – das Gastgeberland, der Ölstaat, gewann plötzlich Sympathien. Die offiziellen Botschaften Aserbaidschans wurden umfassend verbreitet. Letztlich deckten wir ein Netzwerk von 71 verdächtigen Konten auf, die fast ausschließlich offizielle COP29-Beiträge reposteten. So entstand der künstliche Eindruck, dass der umstrittene Gastgeber breite Unterstützung erhalte. Obwohl dieser Fall leicht zu durchschauen war – alle Konten hatten ähnliche Bilder von Natur und Blumen in ihren Profilen –, sind die Methoden solcher Netzwerke häufig viel ausgefeilter und für unabhängige Forschende nur schwer zu entlarven.

Die nächste Weltklimakonferenz (COP30) ist in Brasilien geplant – ein Land, das regelmäßig zu den gefährlichsten für Umweltschützer\*innen zählt. Das gibt Anlass zu ernster Sorge, dass die Einschüchterungskampagnen und Angriffe auf unsere Informationsökosysteme eskalieren könnten.

### WAS JETZT NÖTIG IST

Klimadesinformation untergräbt gezielt das Vertrauen der Öffentlichkeit und ist deshalb eine grundlegende Herausforderung für den Klimaschutz. Dieser oft künstlich gezogene Graben erschwert die Arbeit derjenigen, die sich an vorderster Front für den Klimaschutz einsetzen, und lähmt kollektives Handeln.

Die Entwicklung von der offenen Leugnung hin zu Irreführungs-, Belästigungs- und Verwirrungskampagnen zeigt, was bei der Klimadebatte auf dem Spiel steht. Während sich die Klimakrise weiter verschärft, müssen auch die Bemühungen verstärkt werden, jene Akteure zu identifizieren, zu verstehen und zu bekämpfen, die gezielt falsche Informationen verbreiten und so versuchen, den Klimaschutz zu untergraben.

### LINKS

Global Witness: Digital threats to democracy.  
[globalwitness.org/en/campaigns/digital-threats/](https://globalwitness.org/en/campaigns/digital-threats/)

Global Witness, 2024: Scores of suspicious accounts on X promote the Azerbaijan government's messages on COP.  
[globalwitness.org/en/campaigns/digital-threats/scores-of-suspicious-accounts-on-x-promote-the-azerbaijan-governments-messages-on-cop/](https://globalwitness.org/en/campaigns/digital-threats/scores-of-suspicious-accounts-on-x-promote-the-azerbaijan-governments-messages-on-cop/)



#### AVA LEE

leitet bei Global Witness ein Team für investigative Recherche, Kampagnenarbeit und Kommunikation, das sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen von Technologie auf den Klimawandel und die Menschenrechte beschäftigt.

[digitalthreats@globalwitness.org](mailto:digitalthreats@globalwitness.org)

## KLIMAAKTIVISMUS

# „Die Klimabewegung ist jetzt viel weniger naiv“

*Linus Steinmetz war eines der prominentesten Gesichter von Fridays for Future in Deutschland und trug mit einer erfolgreichen Verfassungsklage dazu bei, die deutsche Klimagesetzgebung zu verschärfen. Im E+Z-Interview spricht er über Rückschläge der Klimabewegung, Fehler der „Letzten Generation“ und weshalb er trotz allem optimistisch in die Zukunft blickt.*

---

LINUS STEINMETZ IM INTERVIEW MIT JÖRG DÖBEREINER



Foto: dpa / ZUMAPRESS.com / Marco Di Gianvito

Klimastreik von Fridays for Future in Rom im April.

**Zu den international dominierenden Themen der vergangenen Monate zählen die Konflikte im Nahen Osten, in Kaschmir und der Ukraine. Auch die Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump und die Wahl des neuen Papstes Leo XIV. bekamen viel Aufmerksamkeit. Im Bundestagswahlkampf standen die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Migration im Vordergrund. Bekommt die Klimakrise derzeit genug mediale und politische Aufmerksamkeit?**

Nein, das tut sie nicht, obwohl sie die zentrale Krise ist, die wir im 21. Jahrhundert erleben. Sie wirkt sich auf unzählige Bereiche aus. Warum beansprucht Donald Trump plötzlich Grönland? Natürlich hat er es auf die Ressourcen dort abgesehen, aber er plant auch mit dem abschmelzenden Polareis, also mit den Folgen des Klimawandels. Internationale Politik kann gar nicht mehr ohne die Klimakrise gedacht werden.

Zugleich zeigen Umfragen, dass die Klimakrise vielen Menschen in Deutschland und anderswo weiterhin sehr wichtig ist. Sie sorgen sich um das Klima und ihre Zukunft. Im Vergleich dazu ist die Klimakrise in der medialen Berichterstattung nicht so präsent, wie es zu erwarten wäre.

#### **Woran liegt das?**

Zum einen ist die Klimakrise verglichen mit anderen Themen schwer zu erzählen. Viele Menschen nehmen sie entweder sehr akut wahr, als großes Problem, oder als eine beunruhigende Sache im Hintergrund, die aber sehr schwer zu fassen ist. Andere dringliche Krisen auf der Welt sind greifbarer; es ist leichter, darüber zu berichten. Außerdem haben sich die nötigen Strukturen offenbar noch nicht ausreichend gebildet. Es bedeutet sehr viel Arbeit, in Redaktionen, Bewegungen und Parteien dezidiert Kompetenzen für Klimaberichterstattung zu schaffen. Auslandskorrespondent\*innen sind viel präsenter als Klimakorrespondent\*innen, wenn es sie überhaupt gibt. Es mag auch eine Generationenfrage sein. Viele junge Journalist\*innen würden gern mehr über die Klimakrise schreiben, müssen aber eher über Energie oder internationale Politik berichten. An Geschichten mangelt es jedenfalls nicht. Die Krise ist ja schon überall angekommen.

#### **Welche Stimmung herrscht momentan in der Klimaschutz-Community?**

Da gibt es verschiedene Perspektiven. Eine davon ist Ernüchterung. Wir reden nicht mehr so sehr darüber, Klimaschutzambitionen zu erhöhen, beispielsweise auf den großen Klimakonferenzen oder auf EU-Ebene. Stattdessen geht es mehr darum, wie wir einen Mindestgrad an Klimapolitik gewährleisten können. Da hat man nicht das Gefühl, dass wir gerade gewinnen. Gleichzeitig blicken viele pragmatisch und teils auch optimistisch in die Zukunft. Wir wis-

sen, dass das Problem nicht weggeht. In Deutschland wird die Klimabewegung der schwarz-roten Koalition genau auf die Finger schauen. Im vergangenen Jahr fand eine Neuordnung statt, auch international: Wir wissen jetzt besser, wo wir stehen. Es ist natürlich belastend, Donald Trump im Weißen Haus zu sehen. Aber es ist auch klar, gegen wen wir als Klimaaktivist\*innen kämpfen: gegen ihn und andere Menschen, deren Politik unseren Planeten und unsere Zukunft auf vielen Ebenen gefährdet. Das ist eine neue Klarheit, die Energie gibt.

#### **Als Fridays for Future ab 2018 populär wurde, war die Stimmung eine andere.**

Wir waren euphorisch und viele dachten, es ginge jetzt immer so weiter. Wir wurden jede Woche mehr, übten Druck auf die Politik aus. Es war peinlich für Politiker\*innen, nicht auf unserer Seite zu sein. Mittlerweile ist es aber offenbar wieder absolut in Ordnung, Rückschritte beim Klima zu fordern. Daher stammt ein Teil unserer Ernüchterung. Aber wir sind auch realistischer geworden. Auf der Weltklimakonferenz 2019 in Madrid haben sich zum Beispiel sehr viele Menschen an unsere Seite gestellt und sich für höhere Ambitionen eingesetzt. Wir wissen nun, wer das wirklich ernst gemeint hat. Die Klimabewegung ist jetzt viel weniger naiv.

„Um die Klimakrise zu kommunizieren, muss man klar benennen, wer sie verursacht. Das sind große fossile Unternehmen, die kein Interesse am Klimaschutz haben und alles tun, um die Umstellung hinauszuzögern.“

**Nur wenige Monate nach der Konferenz von Madrid überlagerte die Corona-Pandemie das Klimathema. Untersuchungen zeigen, dass die Klimaberichterstattung international zunächst zurückging, zu den Klimagipfeln von Glasgow 2021 und Scharm el-Scheich 2022 aber wieder anstieg. Generell liegt sie auf einem höheren Niveau als vor der Gründung von Fridays for Future.**

Unsere Proteste waren nicht umsonst. Im Gegenteil: Die Millionen Menschen auf der Straße haben unglaublich viel erreicht. Viele auf der Welt erkennen das Problem. Sobald sich der Moment ergibt, werden sie wieder viel Zeit und

Energie in die Bekämpfung der Klimakrise stecken – oder tun es gerade schon. Die großen fossilen Unternehmen und politische Akteure wie Donald Trump mögen glauben, sie könnten bis weit in die Zukunft hinein fossile Energien fördern, ausgestattet mit Krediten von Banken. Ich halte das für übermütig. Es wird sich langfristig nicht rechnen. Deshalb bin ich trotz der Rückschläge, die es definitiv gab, optimistisch. Wir werden noch weiterkommen.

### **Was müsste passieren, um dem Klimaschutz wieder mehr wohlwollende Aufmerksamkeit zu verschaffen?**

In Deutschland war eines unserer größten Probleme, dass wir nicht klar genug gesagt haben, wer für Klimaschutz aktiv ist und wer dagegen. Wir haben zu sehr versucht, alle zu integrieren. Um die Klimakrise zu kommunizieren, muss man aber klar benennen, wer sie verursacht. Das sind große fossile Unternehmen, die kein Interesse am Klimaschutz haben und alles tun, um die Umstellung hinauszuzögern. Sie haben in den vergangenen Jahren offen gesagt, dass sie ihre eigenen Klimaziele nicht ernst nehmen.

„Man muss sich bewusst sein, wie man wirkt, wenn man in der Öffentlichkeit für ein Anliegen demonstriert. Es kann auch nach hinten losgehen.“

### **Die Aufmerksamkeit für das Klima entzündet sich oft an Anlässen: jährlichen Klimakonferenzen, der Veröffentlichung von Berichten, größeren Klimastreiks oder Naturkatastrophen. Welche Bedeutung haben solche Anlässe?**

Sie spielen weiterhin eine wichtige Rolle. Die Menschen müssen immer wieder erleben, dass sie vor Ort aktiv werden können gegen die Klimakrise, ob bei Streiks auf der Straße oder in Vereinen. Das Schlechteste, was wir tun könnten, wäre zu sagen: Die Klimakrise ist schlimm, aber ich glaube nicht, dass ich etwas dagegen tun kann, deswegen ziehe ich mich ins Private zurück. Zugleich muss klar sein, dass es mehr braucht als diese Anlässe. Ein Sachstandsbericht oder zwei Klageerfolge werden die Klimapolitik nicht verändern. Es braucht einen fundamentalen Wandel und noch viel größere Mehrheiten. Deshalb braucht es auch wieder Jugendbewegungen.

### **Ist das ein Appell an die nächste Generation?**

Als 15-Jähriger habe ich häufig erlebt, dass Menschen an mich appelliert haben. Deshalb möchte ich ungern als mittlerweile Erwachsener an 15-Jährige appellieren. Aber ja, ich glaube, dass der Wandel hin zu mehr realer Klimapolitik wieder von der Straße kommen kann, durch kreative demokratische Proteste. Deshalb ist es wichtig, vielen Menschen, die noch nicht auf der Straße sind, Raum zu geben, sich zum Beispiel bei Treffen unter der Woche zu bilden und kennenzulernen. Aus solchen Strukturen geht irgendwann echter, schneller und plötzlicher Wandel hervor, wie bei Fridays for Future.

### **Fridays for Future mobilisierte auf dem Höhepunkt der Bewegung große Massen zu Demonstrationen. Die nächste Protestwelle machte anders auf sich aufmerksam: Vertreter\*innen von Just Stop Oil in Großbritannien oder der Letzten Generation in Deutschland blockierten viel befahrene Straßen und Rollbahnen von Flughäfen. Sie kippten Tomatensuppe über Gemälde von Vincent van Gogh und sprühten orangene Farbe auf die Steine von Stonehenge. Sie ernteten dafür viel Kritik, mobilisierten aber nicht in ähnlicher Weise wie Fridays for Future.**

Diese Art des Protests hat nicht dazu geführt, dass Menschen auf schlechte Klimapolitik wütend wurden, sondern sie wurden wütend auf diese Proteste selbst. Im Unterschied dazu wollte Fridays for Future nicht Menschen provozieren, sondern gegen schlechte klimapolitische Maßnahmen mobilisieren. Ein großes Problem ist: Diese radikalere Art von Klimakommunikation hat es Menschen, die kein Interesse am Klimaschutz haben, leicht gemacht, ihn zu diffamieren. Trotzdem war die Intention der Protestierenden nicht falsch. Aber sie haben die falschen Mittel gewählt. Das ist eine Lektion: Man muss sich bewusst sein, wie man wirkt, wenn man in der Öffentlichkeit für ein Anliegen demonstriert. Es kann auch nach hinten losgehen.



#### **LINUS STEINMETZ**

ist Klimaaktivist und Klimakläger. Er studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

[linus.steinmetz@climatestrike.net](mailto:linus.steinmetz@climatestrike.net)



Was bringt Menschen dazu, sich für Klimaschutz zu engagieren? Die Aktivistin Ina-Maria Shikongo bei einer Demonstration während der UN-Weltklimakonferenz COP28 in Dubai 2023.

KLIMA-KOMMUNIKATION

# Was uns die Psychologie über Kommunikation zum Klimawandel lehrt

*Medien, Politik, NGOs, Wissenschaft – sie alle versuchen, ihren Mitmenschen nahezubringen, wie dringend wir angesichts des Klimawandels handeln müssen. Dennoch passiert wenig. Mit welchen Argumenten kommt die Botschaft am besten an? Eine globale Studie zur Psychologie des Klimawandels gibt Antworten. Wir sprachen mit Kimberly Doell, die das internationale Forschungsteam leitete.*

---

KIMBERLY CRYSTAL DOELL IM INTERVIEW MIT EVA-MARIA VERFÜRTH

**Sie haben eine der weltweit größten Studien zur Psychologie des Klimawandels geleitet, mehr als 59.000 Menschen aus 63 Ländern haben teilgenommen. Das Ergebnis ist überraschend positiv: 86% der Teilnehmenden glauben an den Klimawandel, und 73% unterstützen klimapolitische Maßnahmen. Allerdings scheint sich dies in Politik, öffentlicher Debatte und Medien nicht angemessen widerzuspiegeln.**

Dafür gibt es viele Gründe. Ein wichtiger ist die pluralistische Ignoranz: Menschen tendieren dazu, enorm zu unterschätzen, wie stark andere an den Klimawandel glauben. Pluralistische Ignoranz ist eine der psychologischen Hürden, die Menschen davon abhalten, etwas gegen den Klimawandel zu tun. Wir nennen sie „Drachen der Untätigkeit“ („Dragons of inaction“, Anm. d. Red.); die Bezeichnung passt wirklich gut. Eine von uns in den USA durchgeführte Studie hat gezeigt, dass selbst politisch Verantwortliche massiv unterschätzen, wie stark die Öffentlichkeit Klimamaßnahmen unterstützt.

### **Welche Gründe gibt es außerdem?**

Es ist obendrein schwierig, das praktisch umzusetzen, was die Öffentlichkeit sich wünscht. Um unseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verringern, muss die Menschheit auf bestimmte Dinge oder Verhaltensweisen verzichten. Wenn man aber fragt, wer die Verantwortung übernehmen soll, zeigen die meisten Menschen mit dem Finger auf andere: die großen Ölkonzerne, Fluggesellschaften, Agrarunternehmen oder die Regierung. Die Menschen wollen auch nicht diejenigen sein, die dafür bezahlen müssen. Obwohl die Leute also generell klimafreundliche Maßnahmen befürworten, tun sie das nicht bei Maßnahmen, die sie persönlich betreffen.

**Während der Coronapandemie zeigte sich, dass entschlossenes globales Handeln möglich ist. Weshalb erfolgte die politische Reaktion auf die Pandemie aus psychologischer Sicht so viel entschlossener als die Reaktion auf den Klimawandel?**

Die Menschen und Regierungen sind mit beiden Krisen recht ähnlich umgegangen und haben auch ähnlich darüber kommuniziert. Der Unterschied liegt im Zeitrahmen: Die Pandemie war eine unmittelbare Bedrohung, man musste sie hier und jetzt bewältigen. Eine der größten Herausforderungen bei der Sensibilisierung für den Klimawandel ist die zeitliche Diskontierung – ein weiterer Drache der Untätigkeit.

### **Was bedeutet „zeitliche Diskontierung“?**

Menschen möchten bekanntlich lieber sofort belohnt werden als später, selbst wenn die Belohnung später höher wäre. Biete ich einer Person beispielsweise an, ihr jetzt fünf Dollar zu geben oder in einem Jahr 20 Dollar, dann ent-

scheiden sich die meisten dafür, das Geld gleich zu bekommen – auch wenn es viermal weniger ist als das, was ich ihnen später geben würde. Das ist auch einer der Gründe, weshalb Menschen rauchen. Da Lungenkrebs erst nach mehreren Jahrzehnten auftritt, sind die Menschen zuversichtlich, dass es sie nicht betreffen wird. Würde Rauchen am nächsten Tag zu Lungenkrebs führen, würden bestimmt sehr viele damit aufhören. Auch der Klimawandel lässt sich leicht ignorieren, weil seine Auswirkungen weder unmittelbar noch konkret sind.

**Aber die Folgen des Klimawandels sind in vielen Teilen der Welt sehr bedrohlich und spürbar geworden. Trotzdem scheinen die Menschen keine gesteigerte Dringlichkeit zu empfinden. Wir sprechen über das Wetter, die Dürren und die Hitze, aber nicht über den Klimawandel selbst.**

Das ist das Problem der Attribution: Hitzewellen, Überschwemmungen und andere Extremwetterereignisse hat es schon immer gegeben, es ist also schwierig festzustellen, ob der Klimawandel ein bestimmtes Ereignis verstärkt hat.

### **Was kann man tun, um diese psychologischen Hürden zu überwinden?**

Das hängt im Wesentlichen davon ab, wer man ist. In unserer Studie haben wir elf verschiedene psychologische Interventionen getestet, die Klimabewusstsein, Unterstützung von Maßnahmen und umweltfreundliches Verhalten steigern könnten. Wir wollten die wirksamste Lösung finden. Was wir aber herausfanden, war, dass keine einzelne Intervention eine signifikante Auswirkung auf alle gemessenen Faktoren hatte. Das heißt: Es gibt nicht eine einzige Lösung für alle. Ob Sie ein Mann oder eine Frau sind, jung oder alt, politisch links oder rechts – all das bestimmt, wie eine Intervention auf Sie wirkt. Ein Argument, das bei jemandem zieht, der eher liberal ist, kann bei einem eher konservativen Menschen nach hinten losgehen.

„Wenn eine Information Menschen in eine schlechte Stimmung versetzt, neigen sie dazu, etwas dazu auf Social Media zu posten.“

### **Können Sie ein Beispiel nennen?**

Nehmen wir Deutschland und Österreich, die kulturell viele Gemeinsamkeiten haben. Es zeigte sich, dass in Österreich die „Verringerung der psychologischen Distanz“ das wirksamste Mittel ist, um klimafreundliches Verhalten zu fördern. Die Teilnehmenden waren gebeten worden, die kurzfristigen Risiken des Klimawandels für ihr Land zu bedenken. In Deutschland hingegen bewirkte diese Intervention das Gegenteil.

### **Worum ging es bei den Maßnahmen, und wie haben Sie deren Wirksamkeit bewertet?**

Bei den Interventionen handelte es sich im Wesentlichen um Informationen oder kleine Aufgaben rund um das Klimabewusstsein (eine genaue Beschreibung findet sich [hier](#)). Um etwa die Intervention „Wissenschaftlicher Konsens“ zu testen, wurde den Teilnehmenden ein Text vorgelegt, der besagt, die Klimaforschung sei sich darüber einig, dass die Erde sich erwärmt. Vor und direkt nach dem Lesen des Textes stellten wir den Teilnehmenden eine Reihe von Fragen: Wie sehr glauben Sie an den Klimawandel? Inwieweit unterstützen Sie Maßnahmen gegen den Klimawandel? Wie sehr sind Sie bereit, diese Informationen auf Social Media zu teilen? Wir testeten auch die Bereitschaft der Teilnehmenden, viel Aufwand auf sich zu nehmen, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu kompensieren. Schließlich verglichen wir, wie sich die einzelnen Gruppen von einer weiteren unterschieden, die weder Texte noch Aufgaben bekommen hatte.

„Menschen sind unfassbar widerstandsfähig und stark, besonders wenn sie auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten.“

### **Das Hauptergebnis der Studie war, dass es keinen einheitlichen Ansatz gibt, der für alle passt. Aber welche der Interventionen hat denn global am besten abgeschnitten?**

Neben der Tatsache, dass es darauf ankommt, wer man ist, würde ich sagen, dass der „Brief an künftige Generationen“ eine der erfolgreichsten Interventionen war. Die Teilnehmenden wurden gebeten, einen Brief an ein Kind zu schreiben, das ihn in 25 Jahren lesen würde. Darin sollten sie beschreiben, wie sie sich derzeit um einen bewohnbaren Planeten bemühen. Mancherorts führte das zu negativen Ergebnissen – aber insgesamt stärkte es den Glauben der Menschen und ihre Bemühungen.

### **Gab es weitere allgemeine Erkenntnisse oder zeigten sich irgendwelche Muster?**

Negative Gefühle und Social Media sind eng miteinander verwoben. Wenn eine Information Menschen in eine schlechte Stimmung versetzt, neigen sie dazu, etwas dazu auf Social Media zu posten.

### **Das Forschungsprojekt führte dazu, dass 300.000 Bäume gepflanzt wurden. Wie kam das?**

Das kam durch den Test zur Verhaltensänderung zustande. Wir stellten den Teilnehmenden der Studie eine mühsame und zeitaufwendige Aufgabe, bei der sie mehrere Seiten durcharbeiten mussten. Wir versprachen ihnen, für jede erfolgreich bearbeitete Seite gemeinsam mit dem Eden Reforestation Project einen Baum in ihrem Namen zu pflanzen. Auf diese Weise konnten mehr als 300.000 Bäume gepflanzt werden! Die Aufgabe war schwierig und kostete Zeit – so wie die meisten nachhaltigen und umweltfreundlichen Verhaltensweisen. Es ist viel einfacher, eine Flasche in den nächsten Mülleimer zu werfen, als nach Wegen zu suchen, sie zu recyceln. Eines der beeindruckendsten Ergebnisse war, dass mehr als die Hälfte aller Teilnehmenden weltweit bereit war, diese Aufgabe bis zum Ende zu erledigen. Das deutet darauf hin, dass die Hälfte der Bevölkerung zu großen Anstrengungen bereit ist, wenn es hilft, den Klimawandel aufzuhalten!

### **Vor dem Hintergrund Ihrer Erkenntnisse: Wie sollten Medien, politisch Verantwortliche und die wissenschaftliche Gemeinschaft mit der Öffentlichkeit über den Klimawandel kommunizieren, um sie zum Handeln zu bewegen?**

Es gibt keine Botschaft, die bei allen verfängt, aber ich empfehle, negative Emotionen zu vermeiden. Meist werden sehr negative Untergangsszenarien zum Klimawandel vermittelt. Auf Social Media funktioniert das, aber in allen anderen Bereichen lässt sich nicht vorhersehen, wohin das führt. Es ist aber wirklich schwierig, über den Klimawandel zu schreiben, ohne negative Gefühle zu wecken.

### **Was würden Sie stattdessen empfehlen?**

Versuchen Sie, einen Bezug zum persönlichen Vermächtnis herzustellen. Was für eine Zukunft wünschen Sie sich für Kinder, die Ihnen nahestehen? Wie soll deren Zukunft aussehen? Das persönliche Vermächtnis ist etwas, das viele Menschen recht ernst nehmen.

### **Welche Intervention würde bei Ihnen persönlich am besten funktionieren?**

Mit Sicherheit „effektives kollektives Handeln“. Hier werden Beispiele für erfolgreiches kollektives Handeln gezeigt, das wirkungsvoll war oder globale Probleme gelöst hat, wie etwa die Wiederherstellung der Ozonschicht. Wir alle neh-

men den Klimawandel als ein so großes Problem wahr, dass es fast unmöglich ist, es zu lösen. Um die Menschen dazu zu bringen, ihre Kräfte zu bündeln und zusammenzuarbeiten, könnte es helfen, ein Gefühl der kollektiven Wirksamkeit wiederherzustellen – also die Idee, dass wir dieses gewaltige Problem beeinflussen können. Menschen sind unfassbar widerstandsfähig und stark, besonders wenn sie auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten.

**KIMBERLY CRYSTAL DOELL**

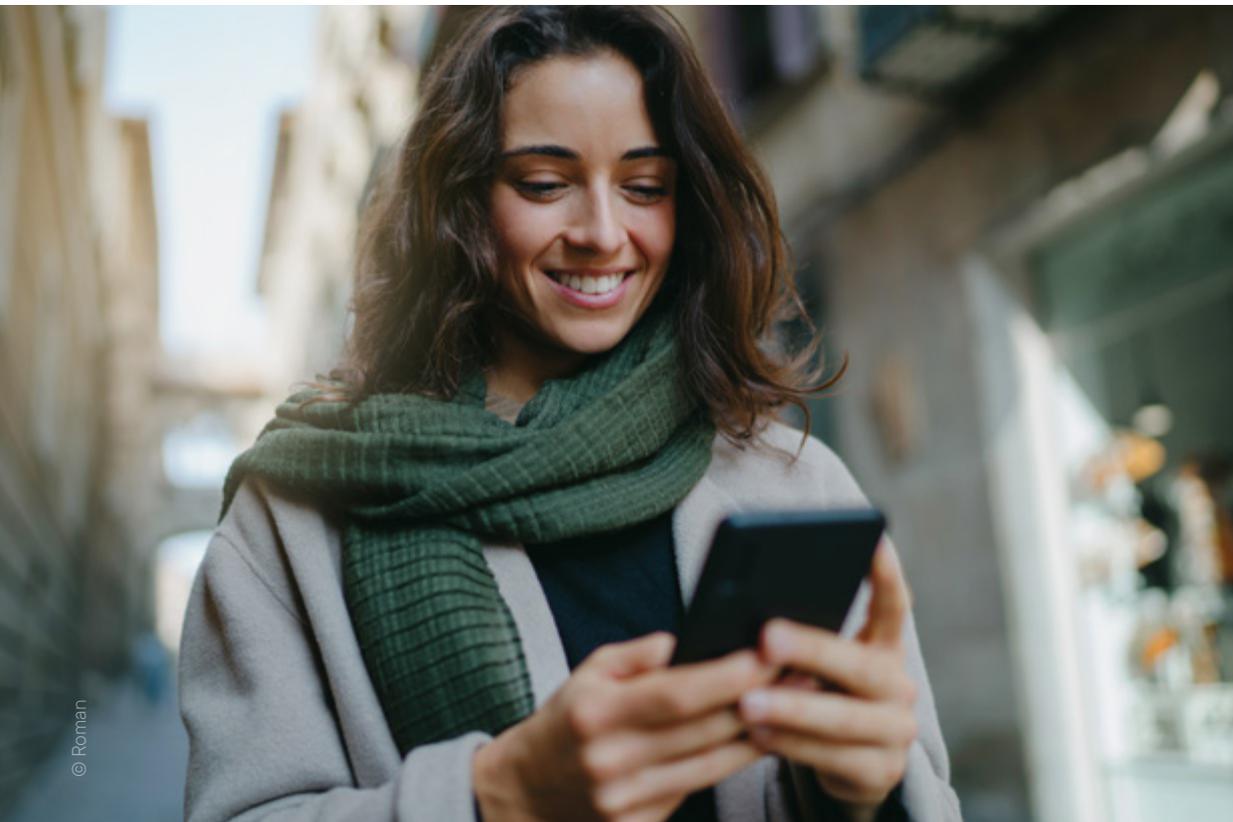
ist Psychologin und Klimawandelforscherin an der Universität Wien.

[kimberly.doell@univie.ac.at](mailto:kimberly.doell@univie.ac.at)

**LINKS**

Vlasceanu, M., Doell, K.C. et al, 2024: Addressing climate change with behavioral science: A global intervention tournament in 63 countries. [science.org/doi/10.1126/sciadv.adj5778](https://science.org/doi/10.1126/sciadv.adj5778)

Der internationale Datensatz zur Psychologie des Klimawandels ist über eine Web-Anwendung zugänglich. Sie können die Ergebnisse nach Kategorien wie Land, Alter oder Einkommen filtern, um herauszufinden, wie sich die elf psychologischen Interventionen auf die jeweilige Gruppe auswirken: [climate-interventions.shinyapps.io/climate-interventions](https://climate-interventions.shinyapps.io/climate-interventions)



© Roman

# E+Z jetzt auch als App!

Mit unserer neuen App haben  
Sie E+Z immer zur Hand.

Hier geht's zum Download: [dandc.eu/de/app](https://dandc.eu/de/app)



ERDERWÄRMUNG

# Der Klimawandel in Zahlen

*Die globalen Ereignisse überschlagen sich und drängen das Thema Klimawandel in den Hintergrund. Doch die Erderwärmung schreitet weiter voran. Bleiben Sie auf dem Laufenden: die wichtigsten Zahlen und Fakten.*

---

VON ISAH SHAFIQ

## 1,55 °C

lag die globale Durchschnittstemperatur 2024 über dem vorindustriellen Niveau. Damit war 2024 mit hoher Wahrscheinlichkeit das erste Jahr, in dem das im Pariser Klimaabkommen angestrebte 1,5-Grad-Ziel überschritten wurde. Neben dem anhaltenden Anstieg der Treibhausgase trug dazu auch das El-Niño-Phänomen bei.<sup>1</sup>

## Die letzten zehn Jahre

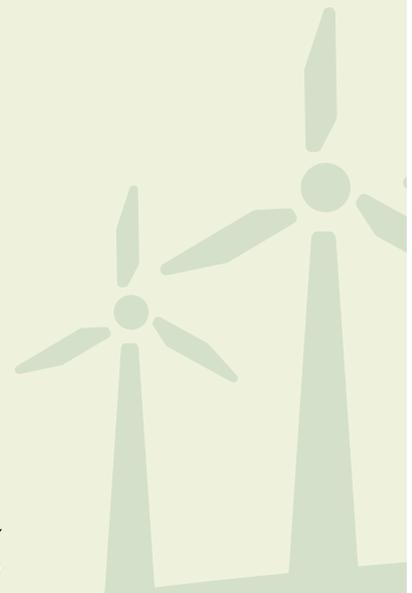
zählten alle zu den zehn wärmsten Jahren seit Beginn der Messungen und markieren somit eine außergewöhnliche Serie von Temperaturrekorden.<sup>1</sup>

## Etwa 90 %

der durch die globale Erwärmung verursachten überschüssigen Wärme wird in den Ozeanen gespeichert. Meerestemperaturen gehören daher zu den wichtigsten Indikatoren für den Klimawandel. Die Erwärmungsrate war in den letzten zwei Jahrzehnten (2005-2024) mehr als doppelt so hoch wie im Zeitraum 1960-2005.<sup>1</sup>

## 102 mm

ist der Meeresspiegel zwischen 1993 und 2025 gestiegen.<sup>2</sup> Die Geschwindigkeit des Anstiegs hat sich von 2,1 mm jährlich (1993-2002) auf 4,7 mm jährlich (2015-2024) mehr als verdoppelt.<sup>1</sup>



# 74%

von 750 untersuchten Extremwetterereignissen weltweit wurden Studien zufolge durch den Klimawandel verstärkt oder wahrscheinlicher gemacht.<sup>3</sup>

# 45,5 Millionen

Binnenvertreibungen wurden 2024 infolge wetterbedingter Katastrophen wie Überschwemmungen, Stürmen, Waldbränden und Dürren verzeichnet. Die Zahl ist fast doppelt so hoch wie der Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Zum Jahresende lebten 9,8 Millionen Menschen aufgrund von Katastrophen in der Binnenvertreibung. Diese Zahl umfasst Menschen, die in den vergangenen Jahren ihre Heimat verlassen mussten und bis 2024 weder zurückkehren noch eine dauerhafte Lösung finden konnten.<sup>4</sup>

# 4,2 Billionen Dollar

betragen die inflationsbereinigten Schäden, die zwischen 1993 und 2022 durch Extremwetterereignisse entstanden sind – in etwa das Bruttoinlandsprodukt von Deutschland. Mehr als 765.000 Menschen sind infolge der Wetterextreme in diesem Zeitraum ums Leben gekommen.<sup>5</sup>

# Einer von acht

der weltweiten Todesfälle war 2019 auf Luftverschmutzung zurückzuführen. Das entsprach rund 6,7 Millionen Todesfällen.<sup>7</sup>

# 19%

Einkommensverlust bis 2050 drohen der Weltwirtschaft einer Studie zufolge im Vergleich zu einem Szenario ohne Klimafolgen – selbst dann, wenn zukünftige Emissionen stark reduziert oder gestoppt würden. Diese bereits „verpflichteten Schäden“ resultieren aus historischen Emissionen. Die Schäden nach 2049 hingegen hängen stark von zukünftigen Emissionen ab.<sup>6</sup>

# 60%

höher als in Ländern mit hohen Emissionen werden die Einkommensverluste in Ländern sein, die am wenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind.<sup>6</sup>

## QUELLEN:

1 World Meteorological Organization, 2025: State of the Global Climate 2024

2 National Aeronautics and Space Administration, 2025: Climate Change: Vital Signs of the Planet

3 Carbon Brief, 2024: Mapped: How climate change affects extreme weather around the world

4 Internal Displacement Monitoring Centre, 2025: 2025 Global Report on Internal Displacement (GRID)

5 Germanwatch e. V., 2025: Climate Risk Index 2025

6 Kotz, M., Levermann, A., Wenz, L., 2024: The economic commitment of climate change

7 World Health Organization, 2024: Sustainable development goal indicator 3.9: mortality attributed to air pollution



## ISAH SHAFIQ

studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Werkstudent bei E+Z.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)